

# Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau  
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400

---



## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am 20.01.2005

**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:00 Uhr  
**Sitzungsort:** Rathaus Roßlau, Ratssaal

### Anwesend:

#### **Vorsitzende:**

Frau Christa Müller

#### **Bürgermeister:**

Herr Klemens Koschig

#### **Ratsmitglieder:**

Herr Rainer Augustin  
Herr Burkhard Bader  
Herr Kurt Brumme  
Herr Hans-Peter Dreibrodt  
Herr Lutz Föse  
Herr Rainer Gerdung  
Frau Sylvia Gernoth  
Herr Klaus-Peter Henkel  
Herr Dirk Hofmeister  
Herr Axel Kaczmarek  
Herr Helmut Kläre  
Herr Günter Koroll  
Herr Andre Kulas  
Herr Hans-Joachim Mau  
Frau Christiane Mitsching  
Herr Hubert Pfennigsdorf  
Frau Hannelore Sauermilch  
Herr Andreas Schwierz  
Herr Gerhard Seibt  
Frau Siglinde Sumpf  
Herr Klaus Tonndorf





## Niederschrift

### 1. Eröffnung der Sitzung

Die erste Sondersitzung des Stadtrates Roßlau wird durch die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Christa Müller, eröffnet.

### 2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

### 3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 26 Stadträte plus Bürgermeister anwesend. Somit ist der Stadtrat mit 27 Stimmberechtigten beschlussfähig.

### 4. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen, den Tagesordnungspunkt 5.3. „Beschluss über den Fusionsvertrag zwischen den Städten Dessau und Roßlau“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und auf die nächste Sitzung des Stadtrates zu verschieben, damit eindeutige und für den Bürger klare Aussagen in diesem Papier getroffen werden können.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig stellt den Antrag, den Antrag von Herrn Gerdung nicht zu genehmigen. Möglicherweise hat sich der Antrag erübrigt durch die Änderung der Beschlussvorlage, die als Tischvorlage vorliegt. Herr Koschig wird diese im TOP 5.3. noch näher erläutern.

Herr Hofmeister kommt zur Beratung hinzu. Damit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Dann wurde über den Antrag von Herrn Gerdung abgestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	8	18	2

**Beschluss:** Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann wurde über die Tagesordnung abgestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
------------------	----------------------------	------------	-----------	------------

28	0	24	4	0
----	---	----	---	---

**Beschluss:** Damit ist die Tagesordnung mit den Änderungen bestätigt.

Des weiteren liegt von Frau Christiane Mitsching folgende Erklärung vor:

Ich, Frau Christiane Mitsching, wohnhaft Bahnhofstraße 21, 06862 Meinsdorf, erkläre hiermit mit sofortiger Wirkung meinen Austritt aus der Fraktion der Frauenliste und schließe mich der Fraktion der FDP/Offensive D/BL an.

**Beschluss:** Damit ist die Tagesordnung bestätigt.

## **5. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:**

### **5.1. Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor. Damit wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

### **5.2. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister**

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Es wurde im September der Beschluss gefasst: „Der Stadtrat bevollmächtigt auf Empfehlung des Hauptausschusses den Bürgermeister zur Verhandlungsaufnahme über einen Fusionsvertrag der Städte Dessau und Roßlau in Vorbereitung einer Bürgerentscheidung und unter regelmäßiger Einbeziehung des Hauptausschusses.

Frage: Woher nimmt Herr Koschig die Legitimierung, diesen relativ neutral gehaltenen Auftrag.....

Herr Föse, Fraktion CDU zur Geschäftsordnung

Der Antrag kann nicht gestattet werden, weil es Bestandteil der heutigen Tagesordnung ist.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/ Offensive D/BL

Das ist eine Anfrage und kein Antrag, der Tagesordnungspunkt lautet: Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister.

Frau Müller, Vorsitzende des Stadtrates

Aber nicht über ein Thema, was auf der Tagesordnung steht.

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

In der letzten Stadtratssitzung wurde an den Bürgermeister die konkrete Frage eines Stadtrates ergangen. Der Bürgermeister sah sich an dem Tage aus Zeitgründen oder inhaltlichen Gründen nicht in der Lage, die Frage zu beantworten. Dabei wäre er gesetzlich verpflichtet gewesen, innerhalb von 4 Wochen eine konkrete Antwort zu geben.

Frage: Ist diese Antwort an den Stadtrat ergangen?

Herr Koschig, Bürgermeister

Der Stadtrat hat die Antwort noch nicht bekommen. Die Antwort hat nicht in 4 Wochen, sondern gem. § 13 Geschäftsordnung bis zur nächsten ordentlichen Stadtrats-sitzung zu erfolgen.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

In der Geschäftsordnung steht aber, dass die Beantwortung in der nachfolgenden Stadtratssitzung zu erfolgen hat. Ob darunter auch eine Sondersitzung fällt, kann er nicht sagen.

Frau Nußbeck, Dezernentin Haupt- und Finanzverwaltung

Das wäre kein angemessener Zeitraum. Wenn eine Sondersitzung auf den nächsten Tag fallen würde, bliebe gar keine Zeit. Die nächste planmäßige Sitzung ist angemessen.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Herr Gerdung möchte konkret die Rechtsgrundlage wissen, mit der seine Anfrage abgelehnt wird.

Frau Knaut, Rechnungsprüfungsamt

Wenn es eine Anfrage zu einem Thema ist, das auf der Tagesordnung steht und der Versammlungsleiter hat diesen Tagesordnungspunkt noch nicht aufgerufen, können dazu keine Anfragen gestellt werden. (Laut Geschäftsordnung, Anwendung zur Einwohnerfragestunde § 6, Abs. 5)

Herr Gerdung möchte den Paragraphen wissen.

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

Herr Dreibrod stellt fest, dass Unklarheiten vorliegen. Es sollte eine Auszeit genommen werden, wo sowohl der Antragsteller als auch die Verwaltung die Gelegenheit hat, in die Gesetze zu schauen.

Herr Koschig, Bürgermeister

Warum stellt Herr Gerdung die Frage nicht einfach unter dem Tagesordnungspunkt.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Weil die Frage nicht ursächlich mit dem Tagesordnungspunkt als vielmehr mit Aufträgen des Stadtrates zutun hat.

Frau Nußbeck weist ebenfalls noch einmal darauf hin, diese Anfrage unter dem TOP 5.3. zu stellen, dann kann eine Auszeit gespart werden.

Herr Gerdung lehnt ab.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller unterbricht die Beratung von 18.15 Uhr bis 18.22 Uhr.

Frau Müller bittet dann Herrn Gerdung, seine Anfrage nochmals zu stellen, wenn sie nicht zur Tagesordnung gehört.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Der Stadtrat hat die Verwaltung und den Bürgermeister beauftragt, Verhandlungen über einen Fusionsvertrag mit den Städten Dessau Roßlau in Vorbereitung einer Bürgerentscheidung aufzunehmen. Dieser Auftrag ist ergebnisneutral. Hier ist noch keine Wertung vorgenommen Pro oder Contra Fusion.

In seiner Rede zum Neujahrsempfang hat der Bürgermeister offen und öffentlich eindeutig Position bezogen für eine Fusion der Städte Dessau und Roßlau.

Die Frage: Wodurch glaubt der Bürgermeister zu dieser einseitigen Parteinahme legitimiert zu sein, unter Berücksichtigung des von ihm gern und oft benutzten Satzes: Die Verwaltung hat keine Meinung zu haben. Herr Gerdung meint, so lange der Rat als Gremium dazu keinen Auftrag erteilt hat für den Fusionsvertrag zu werben, muss sich die Verwaltung zurückhalten.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig hat zu keiner Zeit im Namen der Stadt Roßlau irgendwelche Äußerungen getroffen.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Ein Neujahrsempfang ist doch aber keine Privatveranstaltung und der Bürgermeister spricht hier in seiner Eigenschaft als Amtsperson. In seiner Rede hat er eindeutig Position bezogen für eine Fusion. Das ist nicht in Ordnung.

Herr Koschig, Bürgermeister

Da der Stadtrat mit der Antwort nicht zufrieden ist, erhält er bis zur nächsten Stadtratssitzung eine ausführlichere Antwort.

### **5.3. Beschluss über den Fusionsvertrag zwischen den Städten Dessau und Roßlau**

**Vorlage: BV/0357/05-BM**

Herr Koschig, Bürgermeister

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
werte Damen und Herren Stadträte  
verehrte Anwesende,

als ich heute Mittag im Altenheim „Elbe-Fläming“, Haus Waldstraße Herrn Franz Mundo zum 92. Geburtstag gratulierte, erwiderte dieser uralte Roßlauer: „Darf ich Ihnen einmal einen Rat geben?“ „Na selbstverständlich, Herr Mundo.“

„Machen Sie das mit Dessau, denn eine große Stadt ist immer stärker, und eine kleine Stadt wird immer schwach bleiben.“

Das hat mich dann, zugegeben, doch etwas überrascht, kenne ich den gelernten Offensetzer und späteren langjährigen Mitarbeiter im Elbewerk schon seit langem und als alten Roßlauer durch und durch.

Nun könnte ich es kurz machen und Ihnen, verehrte Stadträte, diesen Rat von Herrn Mundo mit auf den Weg geben, die Annahme der vorliegenden Beschlussvorlage empfehlen.

Es handelt sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, um den Entwurf der Vereinbarung über den Zusammenschluss der Stadt Dessau mit der Stadt Roßlau (El-

be), kurz Fusionsvertrag genannt, mit seinen Anlagen. Vor über einem Jahr hatten wir erste Gespräche über die Vertiefung unserer Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der neueren öffentlichen Vorschläge zur Gebietsreform in unserem Lande, wobei – wie es die beiden Hauptausschüsse am 02.03.2004 beschlossen – „eine partnerschaftliche Zusammenarbeit beider Städte in einer gemeinsamen kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau....dabei grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden“ sollte.

Daraus entspann sich eine spannende und jederzeit von Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe geprägte Zusammenarbeit, deren Ergebnis heute vor Ihnen liegt.

Meine Damen und Herren, es haben sich in den letzten 3 Jahren gravierende Veränderungen in unserer Landschaft ergeben und wir stehen noch vor weitaus gravierenderen Veränderungen in unserer Landschaft. Als wir uns vor 3 ½ Jahren eingesetzt haben für eine Land-Stadt Roßlau in Gemeinschaft mit der Verwaltungsgemeinschaft Rosseltal nach dem Püchelschen Gebietsmodell haben die Dörfer, und ich habe es heute extra noch mal nachgelesen, das Wort eingefordert, wir gehen gerne mit euch den Weg in diese Land-Stadt, oder ländliche Kleinstadt Roßlau, möchten aber nicht in Dessau landen. In der Stadtratssitzung zur Beschlussfassung eines Bürgerentscheides habe ich noch die Bitte des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau mitgebracht, der damals nicht verstehen konnte, warum die Stadt Roßlau sich so beeilt, warum der Stadtrat jetzt auf einmal auf Eile drängt. Diejenigen, die in der vergangenen Wahlperiode schon hier im Stadtrat tätig waren, erinnern sich vielleicht noch, dass ich für den Bürgerentscheid noch einen Änderungsantrag gestellt habe, auf Bitten meines Dessauer Kollegen, diesen doch am 03. Oktober und nicht am 02. September durchzuführen. Aber dieses Haus war einstimmig der Meinung, wir reichen den Dörfern die Hand und wollen mit ihnen in eine gemeinsame Zukunft gehen.

Nach den Landtagswahlen im Jahr 2002, die verbunden waren mit den Bürgeranhörungen auf den Dörfern, mit Ausnahme von Rodleben, haben sich alle Gemeinden, außer Thießen, für ein Zusammengehen mit der Stadt Roßlau entschlossen. Im Nachgang dieser Bürgeranhörung haben alle Gemeinden diese Anhörungsergebnisse nicht angenommen. Das heißt, die Gemeinderäte und ihre Bürgermeister haben dann beschlossen, nicht den Weg mit der Stadt Roßlau gemeinsam zu gehen. Damit ist ein wichtiger Punkt des damaligen Bürgerentscheids nicht mehr aktuell. Seit 01. Januar sind die Dörfer nördlich der Stadt Roßlau nebst Teilen der Verwaltung von Rosseltal an die Verwaltungsgemeinschaft Coswig angedockt worden. Die anderen beiden Gemeinden westlich der Stadt Roßlau haben sich nach der Bürgeranhörung für den Anschluss an die Stadt Dessau entschieden und sind mittlerweile Stadtteile der selben.

Die Grundlagen für unsere Entscheidung damals und die Vision, die dauerhafte Selbständigkeit auch umsetzen zu können haben sich geändert. Eine der vielleicht exemplarischsten Veränderungen in der Vergangenheit ist unser Kampf um den Erhalt des Goethe-Gymnasiums. Nach dem uns schon eine ganze Reihe von mittelzentralen Funktionen „abhanden“ gekommen sind, war nun die Gefahr, dass das Goethe-Gymnasium geschlossen wird. Unter der Vorgabe, dass die Stadt Roßlau sich in die Stadt Dessau eingemeinden lässt, stand die Schließung eindeutig fest, denn in der Stadt Dessau gibt es mehrere Gymnasien und nur in einer Stadt, wo nur ein einziges Gymnasium besteht, gibt es überhaupt Ausnahmegenehmigungen für zweizügige Gymnasien. Das heißt, der Punkt wir möchten ein Gymnasium in unserer Stadt erhalten, sprach gegen eine Eingemeindung in die Stadt Dessau. Es gab damals auch eine Reihe von Punkten, die für eine Eingemeindung in die Stadt Dessau sprachen. Einer der ganz wesentlichen war die Wirtschaftsförderung, die Möglichkeit mit Hilfe der Stadt Dessau erfolgreicher Investoren einwerben zu können.

In der Zwischenzeit hat es auch in Dessau Veränderungen gegeben und mit der Schließung des Fürst-Franz-Gymnasiums ist auch in Dessau eine völlig neue Situation entstanden. Für die Stadt Dessau besteht jetzt auch weiterer Handlungsbedarf, um die Zukunft der gymnasialen Ausbildung wieder auf höchstes Niveau zu bringen. In diesen Kontext kommen nun unsere Verhandlungen mit der Stadt Dessau und unsere wichtige Frage, können wir es schaffen, unser Gymnasium in Roßlau zu erhalten, auch wenn wir in einer gemeinsamen kreisfreien Stadt sein werden. Hier hat sich eine hervorragende Lösung angeboten, die, wie auch gestern Herr Wolfram in der Sitzung der beiden Hauptausschüsse Dessau und Roßlau hier im Ratssaal ausgeführt hat, vorbesprochen ist und im Detail noch in diesem Monat festgezurrert werden wird. Mit der Gymnasialbeschulung in unserer Stadt, zweizügig und einer zweizügigen Beschulung des Philanthropinum in Dessau, der Abgabe eines Zuges an das Gropius-Gymnasium und dann der gemeinsamen Beschulung der Abiturstufe Klasse 11 und 12 am Philanthropinum ist dies möglich.

Wie ich denke, ist das eines der großartigsten Ergebnisse unserer Verhandlungen, dem man sicher noch eine ganze Menge hinzufügen könnte.

Vielleicht, weil Sie verehrte Damen und Herren Stadträte noch nicht alle informiert sind über die Beschlüsse der gestrigen Zusammenkunft unserer Hauptausschüsse, möchte ich kurz darauf eingehen. Beide Hauptausschüsse haben einstimmig beschlossen, und das ist ein weiterer Beleg für die von mir öfter zitierte Augenhöhe, die zusätzlichen Mittel der Investpauerschale, die aus der Fusion beider Städte zusätzlich für diese größere Stadt in diese Stadt fließen (nach heutiger Lesart sind das 773 T€, das kann natürlich nur für heute definiert werden), dass diese zusätzlichen Mittel, die die Stadt Dessau nicht geplant hat und wir erst recht nicht, in einem zusätzlichen Investitionsprogramm aufzunehmen sind für Maßnahmen in der Stadt Roßlau für den Zeitraum 2006 – 2010, und zwar für schon von uns seit längerem geplante bzw. diskutierte Maßnahmen in der Stadt Roßlau, die wir aber auch auf Grund unserer eigenen finanziellen Probleme auf die lange Bank geschoben haben. Diese jetzt zu diskutieren, wird Hauptaufgabe des Bauausschusses in den nächsten Wochen sein, um sie dann konkret untersetzt mit den entsprechenden Zahlen und Maßnahmetiteln gemeinsam mit unseren Vertragspartnern in Dessau mit in das Vertragswerk aufzunehmen.

Die jüngste Entwicklung zeigt uns, nicht länger zu zögern, sondern jetzt alles auf eine Entscheidung hinzuführen, weil diese Entscheidung von vielen Leuten benötigt wird. Von vielen Ämtern, angefangen mit der Landesregierung, die an einem Entwurf über das Kreisgebietsreformgesetz sitzt bis hin zum Landkreis. Der Landrat benötigt auch Klarheit, wie es die Roßlauer in Zukunft halten wollen.

Die jüngste Entscheidung, die mich sehr hart getroffen hat, die auch ein Beleg dafür ist für die Entwicklung, die wir schon seit einigen Jahren mitmachen, der Entzug mittelzentraler Aufgaben, ist die Schließung der Außenstelle der Agentur für Arbeit in Roßlau. Der Kreistag Anhalt-Zerbst hat in voller Souveränität beschlossen, und das auch mit einer sehr großen Mehrheit, das Optionsmodell anzunehmen. Der Stadtrat von Dessau hat sich in gleicher Souveränität anders entschieden. Er hat sich für das ARGE-Modell entschieden. Für diese ARGW ist ein Jobcenter errichtet worden und man hat sich dort aus überaus nachvollziehbaren Gründen für die Hauptstelle entschieden, weil die sehr zentral gelegen ist, nämlich am Westausgang des Hauptbahnhofes. Damit werden dort zusätzliche Räume benötigt für die Beratung unserer Arbeitslosen und Sachbearbeiter müssen umziehen. Die Entscheidung unseres Kreistages aber wiederum, das Optionsmodell anzunehmen führte dazu, dass die Außenstelle unserer Arbeitsagentur hier in Roßlau zwei Drittel seiner „Kunden“ verlo-

ren hat. Das heißt, der Betreuungsaufwand in Roßlau ist unter das Maß gesunken, wofür die Bundesanstalt in Nürnberg eine Geschäftsstelle vorhält. Es gibt jetzt so genannte Beratungsteams und eine Geschäftsstellenleitung. In einer Geschäftsstelle sollen eigentlich mindestens zwei Teams beschäftigt sein. Ein Team sollte aber 13 bis etwa 20 Mitarbeiter aufweisen, aber mindestens 10. Unsere Arbeitslosen in Roßlau bzw. aus dem Altkreis Roßlau werden von 8 bis 9 Beratern betreut und diese ziehen spätestens zum 1. April nach Zerbst um. In der Geschäftsstelle Zerbst wird die gesamte Betreuung unserer Arbeitslosen künftig zusammengeführt. Die Geschäftsstelle in Roßlau ist jetzt dazu da, die Sachbearbeiter im Innendienst und die sich jetzt mit Arbeitgeberangelegenheiten beschäftigen, in Roßlau zusammen zu führen. Für die Stadt Roßlau bedeutet das zum einen, es sind mehr Arbeitnehmer jetzt vor Ort beschäftigt, denn in der Geschäftsstelle sind jetzt bedeutend mehr Kollegen tätig. Aber Vorort-Beratung findet demnächst nicht mehr statt. Man kann zwar noch Anträge abgeben, Post abgeben, sich am Terminal informieren, aber der Berater für den Arbeitslosen sitzt künftig in Zerbst.

Auf meine Frage, warum entscheidet sich die Agentur nicht für Roßlau, der als zentraler gelegener Ort für unsere Arbeitslosen günstiger zu erreichen ist. Nein, es gibt eine ganz klare Regelung in Nürnberg: Sitz der Geschäftsstelle ist die Kreisstadt.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, was alles noch passieren wird, wo immer wieder die Stadt Roßlau den kürzeren ziehen wird. Hätten wir vielleicht schon Ende vorigen Jahres eine Entscheidung getroffen und wäre diese für die Stadt Dessau gefallen, da stehe ich persönlich zu, das ist meine persönliche Auffassung (die Auffassung des Stadtrates kenne ich nicht, deshalb kann ich auch nicht für die Stadt Roßlau sprechen), dann wäre dieser Umzug auch erfolgt, aber unsere Arbeitslosen wären am Dessauer Hauptbahnhof betreut worden, was sicher für die Betroffenen viel günstiger wäre. Genauso auch für die Coswiger.

So hat es in den vergangenen Monaten und Jahren eine Verschiebung von Aspekten gegeben, aber der wohl entscheidendste ist die Diskussion in Magdeburg, der Stadt Dessau die Kreisfreiheit zu entziehen. Die Begründung der zu wenigen Einwohner kann ich persönlich nicht nachvollziehen, das kann es nicht sein. Andere Bundesländer bekennen sich für viel kleinere Städte, haben ihre ganz eigenen Begründungen, warum z.B. Ansbach in Franken ein Oberzentrum ist und kreisfrei geführt wird. Das ist eine alte Landeshauptstadt und dabei nicht einmal so alt wie Dessau als Landeshauptstadt oder Weiden in der Oberpfalz, weil es einfach das Oberzentrum in einer sehr großen strukturschwachen Region ist.

Aber einmal unabhängig von den Zahlenspielereien und Diskussionen, es ist ein sehr ernstes Thema, das die ganze Region anspricht und in dieser Situation hat uns die Stadt Dessau ein großartiges Angebot gemacht. Dies ist das Angebot einer Neubildung einer Gemeinde, also der Fusion der Städte Dessau und Roßlau zu einer Doppelstadt. Das ist etwas qualitativ völlig verschiedenes von einer Eingemeindung. Dieses lohnte sich zu verhandeln. Das was wir heute zu beraten und hoffentlich auch zu beschließen haben, das lohnt sich zu beschließen. Das ist ein gutes Stück Arbeit.

Als nach der Sitzung der beiden Hauptausschüsse am 17.12.04 der Fusionsvertrag beraten und bestätigt war, wurde er auf der letzten Sitzung des Hauptausschusses Roßlau am 22.12.04 nochmals diskutiert und mit geringfügigen Änderungen versehen auch beschlossen. Diese von uns eingebrachten Änderungen sind inzwischen vom Dessauer Hauptausschuss auch gebilligt worden. Bei der anschließenden Veröffentlichung haben wir den Vorsatz „Entwurf“ weggenommen, was leider zu Verwirrungen führte. Selbstverständlich bleibt der Fusionsvertrag immer noch ein Entwurf.

Er ist es erst dann nicht mehr, wenn ihn beide Stadträte als verbindlich beschlossen haben. Und auch dann erst können ihn die beiden Stadtoberhäupter unterzeichnen. Wir haben inzwischen einen Verhandlungsstand erreicht, so dass wir den vorliegenden Entwurf als Grundlage für die weitere Bürgerinformation nutzen können. Er steht im Gerüst, das wesentliche Skelett ist da, die Inhalte, die zu diskutieren sind, sind festgeschrieben. Aber natürlich ist da noch die eine oder andere Formulierungsschraube, verdient der Vertrag auch weiterhin Anregungen, Hinweise und Ergänzungen.

Aber er hat die Qualität, ihn jetzt mit in die Diskussion mit den Bürgern zu nehmen. Und vor allem, und da geht es weniger um den Vertrag in seiner Gesamtheit, sondern um mit den Bürgern über die eigentliche und essentielle Frage ins Gespräch kommen zu können: Sind Sie für den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau zur neu gebildeten Stadt Dessau-Roßlau?

Wie dies geschehen kann und dass dies auch gut funktionieren kann, das beantwortet der Fusionsvertrag mit seinen Anlagen.

Im Gespräch mit den Bürgern beider Städte und aus den weiteren Verhandlungen werden sich noch weitere Hinweise, Änderungs- und Ergänzungswünsche ergeben, die noch aufzunehmen beide Seiten offen und bereit sind.

Wir werden also auch nach der Anhörung der Bürger noch am Fusionsvertrag zu arbeiten haben, aber nicht an wesentlichen Dingen. Rahmen und Schwerpunkte stehen seit dem 17.12.2004 und befinden sich seitdem auch schon in der öffentlichen Diskussion, wie mir auch immer wieder Meinungsäußerungen auf der Straße, in Vereinen und im Internet belegen, und sei es der Geburtstag des heute 92-jährigen Franz Mundo.

Ich habe mich deshalb entschlossen beide Beschlussvorlagen noch einmal etwas umzuformulieren, um Missverständnissen weitgehend aus dem Wege zu gehen zu können.

Ich bitte Sie also um die Annahme der Beschlussvorlage, bei der es um die Bestätigung des vorliegenden Entwurfs des Fusionsvertrages als Grundlage der weiteren Bürgerinformation geht. Den Hauptausschuss konnte ich dazu bereits gestern informieren. Die geänderte Beschlussvorlage finden Sie als Tischvorlage vor.

Herr Föse, Fraktion CDU

Alle an der heutigen Entscheidung Beteiligten sollten sich durchaus der historischen Dimension dieser für unsere Stadt bedeutsamen Entwicklung bewusst sein. Wenn wir heute und in der folgenden Zeit zukunftsweisende Beschlüsse fassen, sei es mir gestattet in kurzen Worten auf die Historie unserer Region einzugehen.

Als politisches Gebilde ist Sachsen-Anhalt ein historisch gewachsenes Land, auch wenn es in den vergangenen Jahrhunderten vielfach in partikulare Besitz- und Machtstrukturen zersplittert war. Die rasante wirtschaftliche und technische Entwicklung fordert auch von den regionalen und kommunalen Verwaltungen strukturelle Transparenz. Nicht zuletzt aus diesem Grund wäre es wünschenswert, die seit der letzten Landtagswahl ins Stocken geratene Gebietsreform weiter zügig fortzusetzen. Der zu diesem Thema am 6. Januar diesen Jahres im Roßlauer Ratssaal durchgeführte traditionelle Politische Fröhschoppen war ein gelungener erster Schritt, Fragen, Chancen aber auch Bedenken zu politisch gestaltende Bemühungen mit den Bürgern zu diskutieren.

So zum Beispiel kämpfen die Mitglieder der Bürgerinitiative für die Schaffung eines Großkreises Anhalt und berufen sich dabei auf die Gebiete für das Herzogtum An-

halt. Die Anhänger dieser Idee müssen den Roßlauern nur noch sagen, in welchem Jahrhundert sie dafür noch Mehrheiten finden wollen.

Nach fünfzehn ereignisreichen Jahren haben nun erstmals die Bürger der Städte Dessau und Roßlau die Möglichkeit, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung über ein erneutes Zusammengehen beider Städte zu einer neuen Stadt Dessau – Roßlau mitzureden.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle auch einen kurzen Blick zurück in das Jahr 2001. Damals haben wir gemeinsam, allerdings auf einem anderen Erkenntnisstand als heute, in der Roßlauer Bürgerschaft dafür geworben, ein klares Bekenntnis zu Roßlau abzugeben. Man muss das ehrlicher Weise so sagen, wenn man sich die damalige Fragestellung vor Augen führt.

Das Ergebnis, meine Damen und Herren, war nicht, dass 80 % der Roßlauer für die Unabhängigkeit waren (leider wird es genau so immer wieder zitiert), sondern lediglich ca. 44 % der Wahlberechtigten waren dafür, und der Rest ist entweder nicht zur Wahl gegangen oder hatte sich dagegen ausgesprochen.

Doch wir sollten heute nicht zu lange in der Vergangenheit schwelgen, denn auch der politisch unverdächtige Albert Einstein hat gesagt: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“

Und wenn heute wieder Mitglieder unseres Hauses mit dem Spruch „Roßlau den Roßlauern“ Polemik betreiben, dann ist das angesichts der Bedeutung dieser Frage nicht nur irreführend (etwa bewusst?), sondern auch in hohem Maße verantwortungslos den Roßlauer Bürgern gegenüber.

Es kann einfach nicht wahr sein, dass allen Ernstes behauptet wird, dass der vorliegende Entwurf zum Fusionsvertrag lediglich eine Eingemeindung ist, und die Rechte Roßlaus nicht berücksichtigt.

Und das angesichts der Tatsache, dass die Betreffenden trotz der großen Bereitschaft Dessaus, Roßlauer Belange zu berücksichtigen, keine konkreten Beiträge geleistet haben. Es war schon immer einfach, an Vorhandenem herumzumäkeln und es ist noch nie einfach gewesen, kreativ und konstruktiv an Problemlösungen zu arbeiten.

Wir, meine Damen und Herren Stadträte, sind in einer demokratischen Wahl von der Bevölkerung unserer Stadt beauftragt worden, verantwortungsbewusst und eigenständig zum Wohle unserer Stadt zu handeln.

Das beinhaltet auch, dass wir uns bei schwierigen Problemen nicht verstecken, sondern nachdem wir die Meinung unserer Bürger gehört haben, eigenverantwortlich als Stadträte eine Entscheidung treffen und diese auch konsequent nach außen vertreten.

Es gibt viele positiv zustimmende Signale aus Politik und Wirtschaft und meine Damen und Herren Stadträte und das ist nun besonders wichtig, dass hier zu betonen, auch aus großen Teilen der Bevölkerung beider Städte (TED-Umfrage vom 18.01.05 der MZ, veröffentlicht am 19.01.05 = 53,7 % pro Dessau-Roßlau = Rekordumfrage).

Eine gemeinsame Stadt Dessau-Roßlau besitzt Potenzen, um auch unter schärferen marktwirtschaftlichen Bedingungen als kreisfreie Stadt ihre Zukunft zu gestalten. Antworten stehen am Ende, nicht am Anfang unseres Weges.

Darum lasst uns das jetzt tun.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Herr Föse, Sie haben Recht. Wir sind uns der historischen Tragweite des augenblicklichen Prozesses durchaus bewusst. Was uns voneinander trennt sind die Wege. Wir wollen alle, wie wir hier sitzen nur das Beste, aber auch die Ziele. Der vorliegende

Entwurf des Fusionsvertrages ist in seiner jetzigen Form in entscheidender Weise lückenhaft, unverbindlich, so dass er nicht den Mindestanforderungen einer Grundlage für eine Bürgerentscheidung entspricht. Die Ergebnisse der kürzlich stattgefundenen Sitzungen des Sozialausschusses, des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, des Bauausschusses und der Hauptausschüsse der Städte Dessau und Roßlau haben diesen Umstand in nicht zu übersehender Deutlichkeit reflektiert. Es gibt einfach zu viele offene Fragen. Es ist auch nach meinem Dafürhalten noch nicht an der Zeit, die Präambel, die eine feierliche Erklärung darstellt, in diesem Stadium noch ergebnisneutraler Informationen, schon dem Bürger zuzuleiten, da sie nach meinem Dafürhalten eine unzulässige Befürwortung der Fusion ist und damit ein Eindruck suggeriert wird, es ist schon alles in Sack und Tüten. Zu viele Angelegenheiten fehlen oder sind noch nicht komplett in den Unterlagen. Hierunter fallen vor allen Dingen die Anlagen 1, 2, 4, 5, 6.

Die finanziellen Auswirkungen sind noch gar nicht dargestellt. Die wurden noch gar nicht beleuchtet. In der Anlage 4 sind weder die benötigten Mittel noch die angestrebten Termine fixiert. Nur einklagbare Positionen nach Terminen und Finanzen können Vertragsgegenstände sein. In vielen Paragraphen und Passagen werden, und das finde ich besonders risikoreich einschränkende und relativierende Formulierungen verwandt, die der erklärten Zielsetzung, die am Anfang steht, entgegenstehen. Und das zum Beispiel in den Paragraphen 13, 14 oder 26. Die Genehmigungsfähigkeit, um einmal auf das Gymnasium zu kommen, der Zielstellung, das Goethegymnasium in der vorgesehenen Form zu erhalten, ist noch gar nicht abgeklärt. Diese Unzulänglichkeiten in Summe, wenn sie fortbestehen, haben den Charakter eines wirklich sehr wagen Fusionsvertragsentwurfs, der lediglich an dieser Stelle Wünsche formuliert und unverbindliche Absichtserklärungen darstellt, deren Realisierung so ungewiss ist wie das Aprilwetter. Diesem Vertragswerk kann man in der jetzigen Form noch nicht zustimmen und dieses Vertragswerk kann auch nicht als Grundlage für eine Bürgerentscheidung dienen. Ich bitte das zu überlegen.

Herr Tonndorf, Fraktion Neues Forum

Bevor ich zum eigentlichen Vertrag komme, möchte ich noch mal zurückgehen auf die Kreisgebietsverwaltungsreform, die von der SPD-Regierung als so genannte Püchelsche Reform angeschoben wurde. Meines Erachtens nach wäre es besser gewesen, wenn die CDU-Regierung nach dem Machtwechsel in Magdeburg die begonnen Reformen möglicherweise verändert weitergeführt hätten und nicht rigoros gesagt hätten, wir brechen das ab. Alles was gesagt wurde ist Mist. Denn mittlerweile hat man festgestellt, dass der politische Druck für solche Reformen durchaus vorhanden ist und dass solche Reformen an der Basis nötig sind. Die CDU-Regierung hat es bis heute nicht geschafft ein tragfähiges und auch an der Basis diskutiertes Leitbild für diese Reform zu schaffen. Auch ich persönlich würde es besser finden, wenn die kleineren lokalen Auskreisungen Leitzkau, Loburg, Ladeburg, Brambach, Rodleben und auch die Diskussionen über die Fusion der Städte Dessau und Roßlau nach Vorliegen des Leitbildes bzw. nach Abschluss der Reformen erfolgt wären. Den Großkreis Anhalt, den auch das Neue Forum eindeutig in einer Presseerklärung, gefordert hat, dieser Großkreis findet derzeit keine politische Mehrheit im Land und auch nicht in den betroffenen Kreisen. Das hat unser Landrat Herr Hövelmann zur Kenntnis nehmen müssen. Was aber politisch durchsetzbar ist, was uns aber nicht in den Schoß fällt, sind Entscheidungen, die einen späteren Großkreis Anhalt nicht verhindern. In diesem Zusammenhang bin ich ganz eindeutig dafür, dass die Zerstückelung des Landkreises Anhalt-Zerbst nicht passiert, sondern dass der Kreis in seinem

verbleibenden Rest als Ganzes in einen neuen Kreis eingeht, um dann später den Großkreis Anhalt, der dann vielleicht im zweiten oder dritten Schritt erfolgt, nicht zu verhindern. Ich sehe auch, dass dieser Großkreis Anhalt nur ein natürliches Zentrum haben kann, das ist Dessau. Denn die Bevölkerung all dieser Gebiete zwischen Magdeburg, Köthen und Bitterfeld, Wittenberg, Zerbst und Roßlau gehen auf Dessau zu. Das ist unser Oberzentrum. Das wird es bleiben, ob es kreisfrei ist oder nicht. Die entscheidende Frage ist, kann eine kreisangehörige Stadt Dessau die oberzentralen Funktionen bezahlen. Da muss ich sagen, das ist nicht möglich. Hier werden die finanziellen Forderungen, die finanziellen Zuwendungen, die die kreisfreien Städte in einem höheren Maße erhalten als kreisangehörige Städte unbedingt benötigt. Herr Otto sprach von einem Rahmen, der 12 oder 13 Mio € im Jahr betrifft. Das ist von den umliegenden Kreisen nicht zu schultern. Ich mache darauf aufmerksam, was passiert ist mit dem Theater der Altmark in Stendal. Da hat sich der Kreistag Salzwedel gesagt, wir haben kein Geld, wir geben keins mehr zu. Da drehte es sich um 300 T€ und schon hat die Gegenfinanzierung im Land gefehlt, die ebenfalls die gleiche Summe dazu gegeben hat. Gott sei Dank ist das mittlerweile zumindest wenn auch nicht geklärt aber dann zumindest auf dem Weg der Klärung. Roßlau als kreisangehörige Stadt ist ein gebranntes Kind. Was wurde uns nach und nach weggenommen? Die Kreissparkasse, Kreiskrankenhaus und viele andere Dinge. Roßlau als kreisangehörige Stadt in einem größeren Kreis wird meines Erachtens nach in die Bedeutungslosigkeit versinken. Denn alles das, was jetzt noch in Roßlau verwaltungstechnisch für den Landkreis Anhalt-Zerbst erfolgt, würden wir dann wieder los werden. Dann wäre es das. Wir wären eine westliche Bastion des Landkreises Anhalt-Wittenberg oder die südlichste Region, was noch schlimmer wäre, des Jerichoer Landes. Wir sollten jetzt die Chance nutzen, die 773 T€, die wir pro Jahr nach den jetzigen Voraussetzungen erhalten werden, als kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau zu nutzen. Weil wir dann nämlich Investitionen angreifen können, die wir bis jetzt nur auf eine futuristische Liste setzen konnten. Mir macht die TED-Umfrage der Mitteldeutschen Zeitung Mut. Ohne dass die Leute über den Inhalt des Vertrages und der Anlagen wesentlich informiert wurden, ergab sich schon eine Zustimmung von 53 %. Wenn erst die Informationen dazu kommen, wird sich das sicherlich noch verändern. Mir wäre es lieber gewesen, wenn diese TED-Umfrage eine andere Fragestellung gehabt hätte, die wir heute auch zu entscheiden haben. Welcher Meinung sind die Roßlauer? Soll dieser Fusionsvertrag in einer Bürgeranhörung oder in einer Bürgerentscheidung erfolgen? Wobei ich eindeutig für eine Bürgerentscheidung plädiere. Um auf Herrn Gerdung einzugehen, der gesagt hat, die Hauptausschüsse Dessau und Roßlau hätten viele Zweifel gehabt. Ich muss sagen, dass beide Hauptausschüsse, in all den Sitzungen, in denen Sie zusammen gesessen haben, in großem Maße eine ordentliche und gründliche Arbeit geleistet haben. So dass dann auch mit großer Mehrheit das abgestimmt wurde, was heute das Ergebnis ist bzw. was in diesem Fusionsvertrag steht. Die Gegner der Städtefusion, denen muss ich eindeutig sagen, bis jetzt haben sie immer böswillig dagegen gesprochen, aber eigene, vorwärts bringende Details haben sie nicht zustande gebracht.

Herr von der Heydt, Fraktion CDU

Ich persönlich habe bereits vor 10 Jahren die Fusion vollzogen, in dem ich meinen Wohnsitz von Dessau nach Roßlau wechselte, jedoch meine Firma weiterhin ihre Wurzeln in Dessau hat. Seit einigen Jahren haben 9 von ca. 60 Beschäftigten aus Roßlau einen festen Arbeitsplatz im Unternehmen. Ich bin legitimiert auch an dieser

Stelle für sie sprechen zu dürfen und zu bemerken, dass die Frage der Fusion unserer beiden Städte eigentlich außer Frage steht und selbstverständlich ist.

Als demokratisch gewähltes Gremium haben wir die Verantwortung übernommen, uns mit Problemen in der Kommunalpolitik auseinander zu setzen und damit zu identifizieren und möglichst objektive Entscheidungen zu treffen für das Wohl der Stadt und unserer Bürger.

Bei der momentan zu lösenden Aufgabe, welche die Fusion beider Städte beinhaltet, ist sicherlich viel Fingerspitzengefühl aber vor allem Weitblick erforderlich. Unsere Aufgabe besteht, neben den Fusionsverhandlungen und Miterarbeitung eines ausgewogenen Vertrages darin, die Bürger zu informieren und deren Fragen zu beantworten, jedoch nicht mit persönlichen Profilierungsattacken in der Zeitung zu verunsichern. Bleiben wir bei den Fakten, die den Bürger interessieren und geben wir dem Bürger die Antwort auf die wohl am häufigsten gestellte Frage: Erhöhen sich die Lebenshaltungskosten, ja oder nein. Nach Auswertung aller Faktoren zu dieser Frage und Gegenüberstellung der Zahlen kann man dies mit einem Nein, sie erhöhen sich nicht, beantworten.

Wir haben die einmalige und historische Chance, in freier Entscheidung und Selbstbestimmung aus zwei geschwächten Städten, die sich allein in Anbetracht sinkender Bevölkerungszahlen in der Perspektive als bedeutungslos und demzufolge kaum noch erwähnenswert sich zwischen zwei polarisierenden Metropolen Magdeburg und Halle zu reihen wären, eine neue Doppelstadt Dessau-Roßlau zu schaffen. Und dabei verliert niemand seine Identität. Traditionen gehen nicht verloren und auch Geschichtliches bleibt erhalten. Lassen Sie uns unsere noch bestehenden Kräfte bündeln und dadurch den Erhalt vieler uns lieb gewonnener Dinge sichern. Ich denke hierbei nur an den Erhalt und die Entwicklung des kulturellen Lebens. Durch den Zufluss von weiteren öffentlichen Mitteln lassen sich viele Dinge, wie beispielsweise der Ausbau der Kreisstraßen usw. gestalten. So ist auch die Co-Finanzierung von infrastrukturellen Maßnahmen zukünftig gesichert. Dies im Umkehrschluss wird sich positiv und magnetisch auf die Ansiedlung bestimmter Bevölkerungsschichten auswirken. Ich könnte weitere Faktoren nennen, welche sich aus dem Zusammengehen beider Städte ergäben. Aber diese und weitere Ziele sind bereits im Fusionsvertrag festgeschrieben. In den Anlagen zum Fusionsvertrag finden wir weitere Details. Diesbezüglich kann ich die Meinung einiger Stadträte, dass der Vertrag mit der heißen Nadel gestrickt sei, keineswegs teilen.

Sehr geehrter Herr Gerdung, vor kontroverser Diskussion sollte der Vertrag eingehend studiert werden. Denn wenn er zur Ratifizierung einschließlich seiner Anlagen und der noch zu vervollständigenden Prioritätenliste kommt, können nicht nur wir als Stadträte sondern auch einige Bürger sich glücklich schätzen. Hieraus könnten Möglichkeiten zur Realisierung günstiger Standortfaktoren geschaffen werden, von denen wir sonst nur träumen können. Jedoch sollten wir den Bogen der Wünsche nicht überspannen und nach den Sternen greifen, sondern realistisch bleiben. Wer fährt als Roßlauer schon Straßenbahn? Ich möchte es vergleichen, Zusammengehen ist wie eine Hochzeit mit späterer Ehe. Ein Fusionsvertrag ist wie ein Ehevertrag und so manche Hochzeit fand nicht statt, weil man die Tücken und Regeln des Ehevertrages rechtzeitig erkannte.

Fazit: Einer hat dann die Nase voll und sucht sich einen anderen Partner. Was man hat weiß man, was man bekommt weiß man nicht.

In der Hoffnung auf Besinnung und Sachlichkeit – gehen wir es an.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Ich habe mich nicht so vorbereitet, weil wir eine Arbeitsteilung haben, aber ich möchte doch noch ein paar Sachen zur Sprache bringen. Wir warten ja immer noch auf eine Alternativrechnung zu einem Kreis Anhalt. Dieses Schreckgespenst, dass wir nach Jerichoer Land oder Wittenberg müssten, das ist kein Schreckgespenst. Das ist gar keine Alternative. Unsere Ziel ist ja der Kreis Anhalt mit Dessau als Kreisstadt. Köthen hat sich ja schon im TED dazu bekannt, nicht nach Bitterfeld zu wollen ist also durchaus offen für ein Zusammengehen mit Anhalt-Zerbst. Und wenn Dessau Kreisstadt wird, dann haben wir auch das Problem mit den Schulen überhaupt nicht. Was die Zahlenspielerei angeht, die kaum noch nachzuvollziehen sind und auch nicht alle schriftlich vorliegen, möchte ich doch mal auf das Investitionsprogramm von Dessau-Roßlau verweisen. Da wird ein Hauptargument der Dessau, uns anzuwerben aufgelistet, nämlich die Finanzaufweisungen des Landes, die Dessau flöten gehen, wenn Dessau Kreisstadt wird. Diese Investitionshilfen des Finanzhaushaltsgesetzes sind jetzt noch bei über 7 Mio € und es wird uns vorgegaukelt, es bliebe auch so. Wir würden einen Teil von dem Kuchen abbekommen. Aber wenn man sich den Plan anguckt, dann sind schon 2 ½ Jahre später aus 7 Mio € 3,3 Mio € geworden. Also weniger als die Hälfte. Also ich würde mich auf diese Versprechungen, es würde Geld von irgendwo herkommen nicht einlassen. Sondern unser Land so organisieren, dass hier wieder neues Gras wächst und neue Werte geschaffen werden. Also dieses Argument mit der Schule entfällt, wenn wir in einem Kreis Anhalt mit Dessau als Kreisstadt leben. Über das Geld können wir hier gar nicht entscheiden, weil das nicht in unserer Entscheidung liegt. Was das Schlagwort „Roßlau den Roßlauern“ angeht, möchte ich auch einmal bemerken, dass jetzt 28 Stadträte über die relativ geringen Finanzen in Roßlau entscheiden und es wie man weiß nicht geschafft haben in den schwarzen Zahlen zu bleiben. Im neuen Stadtrat werden es nur 50 sein, die über einen viel größeren Geldberg befinden und ich weiß nicht, wo da die Hoffnung entstehen soll, dass mit dem Geld besser umgegangen wird. Ich meine, wir sind es uns selber schuldig, dass wir den Laden, den wir hier selbst bewirtschaftet haben, auch wieder in die schwarzen Zahlen führen. Es gibt natürlich noch einiges mehr.

Mein Plädoyer ist für den Kreis Anhalt, Anhalt-Zerbst, Dessau, Köthen. Dann fallen all diese Einschränkungen, Grenzen mit Arbeitsamt, sterbende Schulen usw. weg. Wegen der Zahlen möchte ich doch bitten, dass wir Roßlauer uns nicht einer Rosstäuschung hingeben.

Frau Sauermilch, Roßlauer Frauenliste

Jetzt sind bei uns die Fronten geklärt, ich kann jetzt wieder als Fraktionsvorsitzende für die gesamte Fraktion sprechen. Ich muss sagen, dass unsere Fraktion, die Fraktion der Roßlauer Frauenliste, für die Fusion beider Städte schon von Anfang an eingetreten ist. Ich muss auch gleich dazu sagen, wir werden auch für einen Bürgerentscheid stimmen, denn wir wollen, dass alle Bürger der Stadt Roßlau mitgenommen werden und dass sie die Möglichkeit haben, ihre Meinung zur Fusion zu sagen. Ich denke, dazu ist es ganz besonders notwendig, dass wir jetzt unsere Bürger über umfangreiche und qualifizierte Informationen vorbereiten und mit ihnen die Diskussionen führen. Ich bin der Meinung, dass wir in den Hauptausschüssen eine sehr ordentliche Arbeit geleistet haben, dass hier ein gutes Material vorliegt, dass ein umfangreiches Material vorliegt. Alle Abgeordneten haben einen großen Packer Material und mit diesen Unterlagen können wir mit gutem Gewissen die Diskussion führen und ich denke, dass wir dann auch unsere Bürger damit überzeugen können.

Bei so einer Fusion sind natürlich Befindlichkeiten und Emotionen zwar verständlich, aber sie können und dürfen nicht Grundlage einer so schwerwiegenden Entscheidung sein. Ich denke an manche Sitzung und an manche Stadtratssitzungen, wo die Wellen der Emotionen sehr hochgeschlagen sind. Ich denke, wir sollten jetzt wieder einmal zur Sachlichkeit zurückfinden, um jetzt nun endlich über die Fusion zu reden mit den Bürgern.

Wir wissen natürlich, wenn wir so eine Fusion vornehmen, welche Ziele und Vorstellungen wir einbringen. Das haben ja alle gemacht. Und ich finde es sehr schön, dass wir alle die Möglichkeit haben in der Diskussion mit den Bürgern, diese Vorschläge, die da noch kommen können, mit einbringen, dass der Vertrag jetzt noch als Entwurf vorliegt und dass wir mit den Bürgern darüber beraten können.

Diese Fusion ist für uns natürlich auch etwas Besonderes und sehr wichtig. Es ist ausreichend bekannt, dass die Landesregierung die Stellung der Stadt Dessau als Oberzentrum und kreisfreie Stadt an die Einwohnerzahl bindet. Das ist ein Punkt. Aber es geht nicht um die Einwohnerzahl alleine, sondern es geht um die Stellung der Stadt Dessau in der Region Dessau-Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Ich möchte jetzt noch, ich wollte es eigentlich nicht, aber ich komme nicht umhin, etwas zu dieser Region Anhalt sagen. Es ist nicht zufällig, dass die Stadträte, welche mit ihrem Aufruf die unbedingte Selbständigkeit der Stadt Roßlau verlangen, auch zu den Initiatoren der Bürgerinitiative Regionalkreis Anhalt gehören. Diese Initiative, das wissen sicher alle, geht von Zerbst aus und hat zum Ziel einen Regionalkreis zu bilden aus den Kreisen Anhalt-Zerbst, Köthen und Bernburg. Die gegenwärtige Einwohnerzahl könnte ausreichen. Aber inzwischen ist klar, dass sich Bernburg dem Kreis überhaupt nicht anschließt und der Landkreis Köthen, und da muss ich Ihnen widersprechen, Herr Bader, entwickelt schon seit 2001 eine enge Zusammenarbeit mit dem Kreis Bitterfeld und bereitet schon den Zusammenschluss vor. Und es wäre töricht, die dort entstandene und entwickelnde Bindung an das Industriegebiet Bitterfeld-Wolfen zerstören zu wollen, und ich wundere mich, dass das eigentlich ein Unternehmer aus Roßlau sagt, dass das ein Unternehmer ist, der das sagt.

Nach dem Willen der Initiative bleibt also für unsere Zukunft ein Kleinkreis übrig. Nämlich aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst mit der Kreisstadt Dessau. Und für diese, von Zerbst ausgehenden Interessen und Befindlichkeiten setzen sich mehrere Roßlauer Stadträte mit umfangreicher Argumentation gegen eine Fusion beider Städte Dessau und Roßlau ein. Es ist auch weiterhin nicht zufällig, dass die Zerbster SPD-Fraktion in der Presse den Vorstoß der mit der Resolution „Roßlau den Roßlauern“ gegen die Fusion unternommen hat, unterstützt. Dieses Zusammenwirken, muss ich sagen, geht ausgerechnet von Herrn Dreibrodt aus, der gestern im Hauptausschuss mehrfach betonte, dass Roßlaus Kreistagsabgeordnete, da sie nur 7 Mann an der Zahl sind, gerade bei den Zerbster Abgeordneten im Kreistag keine Mehrheiten und Unterstützung finden. Und überhaupt, dass die Roßlauer keinen Einfluss auf Entscheidungen haben. Ich möchte auch einmal meinem Gefühl Ausdruck geben und möchte einfach sagen, jedes mal wenn die Zerbster sich in unsere Angelegenheiten mischten, kam für die Roßlauer nichts Gutes heraus. Ich wundere mich auch, dass ausgerechnet die Roßlauer FDP in Person von Herrn Bader gegen eine Fusion ist. Im Politfrühschoppen wurde schon einmal darauf hingewiesen, und ich möchte es hier auch noch einmal deutlich sagen, es waren gerade maßgebliche Politiker der FDP aus Dessau, ich möchte nennen Herrn Dr. Neubert und Herrn Dr. Plettner vor allen Dingen, denen es mit zu verdanken ist, dass nach der Wende Anhalt in der Form des Regierungsbezirkes wieder entstanden ist und nicht die Zweiteilung des Landes Sachsen-Anhalt in Halle und Magdeburg fortgesetzt wurde. Das alte Anhalt,

was gefordert wird, das gibt es nicht mehr. Es ist erstarkt und erweitert worden um die Landkreise Bitterfeld und Wittenberg. Der Anhaltische Harz gehört schon längst nicht mehr zu der Region. So wird zum Beispiel unverantwortlich und ohne Sachkenntnis der Begriff Anhalt zur Beeinflussung der Bürger in Roßlau und Dessau verwendet. Ein Beispiel dafür, Herr Bader, ist heute Ihr Diskussionsbeitrag gewesen und natürlich insbesondere Ihr Artikel vom 19. Januar im Wochenspiegel. Ganz gleich, wie die Landkreise unserer Region sich zusammenfinden, ein starkes Oberzentrum ist für die gesamte Region entscheidend. Dessau ist mehr als eine Kreisstadt. Dessau ist ein Oberzentrum. Das Ziel muss es sein, um und mit Dessau einen Großkreis Anhalt, Bitterfeld und Wittenberg in der weiteren Zukunft zu entwickeln. Ich wundere mich, dass ausgerechnet Unternehmer sagen, wir lassen die Kreise, wo die starke Industrie ist, außen vor. Wir wollen Piesteritz nicht haben, wir wollen Bitterfeld nicht in unserer Region. Leute, wo leben wir denn?

Ich möchte sagen, die Fusion Dessau-Roßlau ist für Roßlau eine große Zukunftschance und das sollte für uns entscheidend sein. Auf diesen Grundgedanken lassen sich dann alle Einzelfragen mit den Bürgern diskutieren. Es ist unser selbstverständliches Anliegen, dass es unseren Bürgern der Stadt Roßlau in einer Doppelstadt nicht schlechter, sondern besser geht. Und darum haben wir tüchtig gerungen in den Beratungen. Und wer das in Frage stellt, macht sich unglaubwürdig. Über diese Grundgedanken müssen wir unsere Bürger informieren, mit ihnen reden und ich muss sagen, wir Frauen fangen an. Wir haben zum Beispiel schon einen Termin für eine Veranstaltung mit Bürgern, vor allen Dingen mit Frauen für den 8. Februar vorgesehen, 19.00 Uhr in der Ölmühle. Gesprächspartner wird der Oberbürgermeister Herr Otto sein und der Bürgermeister, Herr Koschig.

In einer Zusammenkunft mit Frauen und das ist eigentlich beschämend für unsere Stadträte, muss ich sagen. Hier haben die Frauen einfach gesagt, wir möchten Informationen haben, aber nicht mehr über Parteien informiert werden. Denn das was sich in der Zeitung und in den Veranstaltungen abspielt, das wollen wir nicht selber mitmachen. Wir möchten sachlich informiert werden und fachliche Auskünfte erhalten und nicht dass dann in unserer Beratung wieder so ein Parteien-Hickhack stattfindet. Ich habe auch in dieser ganzen Phase mit vielen Bürgern gesprochen und habe festgestellt, unsere Roßlauer Bürger verfolgen diese ganze Entwicklung. Und unsere Bürger wissen oft viel mehr als wir denken. Und ich habe manchmal den Eindruck, dass unsere Roßlauer Bürger in ihrem Denken weiter sind als wir hier in diesem Hause. Ich habe auch in der Diskussion mit Jugendlichen festgestellt, dass sie für eine Diskussion zu einer Fusion sehr offene Ohren haben. Ich denke, gerade die Jugendlichen haben das Recht, dass wir hier gewissenhaft beraten, gewissenhaft entscheiden. Denn wir treffen für die Jugendlichen diese wichtige Entscheidung hier.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Werte Anwesende, ich möchte einen Satz von Herrn von der Heydt aufgreifen, der gesagt hat, man sollte diesen Entwurf des Fusionsvertrages einer tiefgründigen und ordentlichen und sachgemäßen Überprüfung zuführen oder auch durchführen. Bisher wurde dieser Entwurf des Fusionsvertrages nicht im Stadtrat beraten. In der heutigen Sitzung soll dieser äußerst wichtige und umfangreiche Entwurf im Eilgang beschlossen werden. Ich betrachte eine solche Verfahrensweise als eine Diskriminierung und Einschränkung einer durch die Bürgerschaft gegebenen Tätigkeit des Stadtrates als Vertretung der Einwohner und als Hauptorgan der Gemeinde. Veröffentlichung im Amtsblatt vor einer Diskussion im Stadtrat ist für mich unverständlich und nicht nachvollziehbar. Wir sollten uns hier in diesem Raum über Details, über Punkte, die noch

eventuell korrigiert oder nicht realisiert werden können, verständigen und dann an die Öffentlichkeit treten. Es kann nicht sein, dass unsere Bürger durch verschiedenartige Informationen verwirrt werden, das Interesse verlieren sich hier überhaupt noch zu engagieren mit ihren Gedanken, welche Meinung sie sich nun zu bilden haben. Ich bin der Meinung, wir bauen hier an einem Haus ohne Fundament. Fakt ist eines, dieses Fundament sollte uns unsere Landesregierung liefern. Und das Haus, das könnten dann die betroffenen Städte und Gemeinden selbst bauen. Es kann aber nicht sein, dass mit wechselnden politischen Mehrheiten in unserem Landtag in Magdeburg, Dinge, auf die wir jetzt bauen und auf wage Zusagen, die von einzelnen Politikern kommen, hier einen Fusionsvertrag realisieren, der vielleicht in 3,4 oder 5 Jahren dem tieferen Sinn und dem Kern eines Zusammengehens nicht mehr entspricht. Nämlich die Frage, wie lange bleibt Dessau trotz schrumpfender Einwohnerzahl einschließlich schrumpfender Einwohnerzahlen in Roßlau Oberzentrum oder kreisfreie Stadt? Wenn das nicht auf gesetzlicher Basis langfristig garantiert wird, dann sind die ganzen Diskussionen, die wir hier führen, Schall und Rauch. Und das sollte man bedenken. Ich bin der Meinung, dass wir in unserer heutigen Diskussion heute hier, wenn wir wirklich diesen ganzen Fusionsvertrag oder diesen Entwurf, möchte ich betonen, hier durchgehen wollen, doch dazu zurückkehren sollten, eventuell über die einzelnen Punkte dieses Fusionsvertrages zu diskutieren. Statements sind ja schon eine ganze Menge abgegeben worden, um mal zum Kern der Sache zu kommen. Um bestimmte Dinge, die also, es wurde ja schon von einigen angedeutet, die nicht in Ordnung sind, richtig zu stellen und vielleicht zu versuchen eine bessere Lösung oder noch bessere Vorschläge machen zu können. Denn ansonsten verlaufen wir uns heute in unserer Diskussion und wir kommen vielleicht auch dann noch zu dem Punkt, als Herr Gerdung den Antrag vorhin gestellt hatte, die Entscheidung vielleicht doch in der nächsten Stadtratssitzung zu treffen. Das wird dem vielleicht noch näher kommen, weil wir heute vielleicht kein Ende finden.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Schade, dass Frau Sauermilch raus ist, ich wollte gerade bemerken, sie sollte sich nicht so viel über Herrn Dreibrodt oder über Herrn Bader, sondern mit den vielen anderen Roßlauer Bürgern doch bitte über sich selbst wundern. Der Sinneswandel von vor 3 Jahren ist wirklich nicht vermittelbar. Ich darf daran erinnern, dass Frau Sauermilch damals noch nicht Frauenliste sonder PDS-Frontfrau die Sprecherin der Bürgerinitiative Pro Roßlau zur Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit und Souveränität der Stadt Roßlau war. Also, Frau Sauermilch, wundern Sie sich bitte mit allen anderen über sich selbst mehr, als über andere Stadträte.

Frau Vorsitzende, sehr geehrte Stadträte, werte Anwesende, die Fraktion der SPD des Stadtrates Roßlau wird der Beschlussvorlage „Fusionsvertragsentwurf“ nicht zustimmen, sondern sie ablehnen. Für die Ablehnung des Fusionsvertragsentwurfs gibt es ganz klare nachvollziehbare Gründe. Nach dem im Jahr 2001 der Bürger von Roßlau durch einen erfolgreichen Bürgerentscheid eine Eingemeindung nach Dessau verhindert hat, hat die Stadt Dessau im Frühjahr 2004 einen erneuten Anlauf genommen, ihren dramatischen Einwohnerrückgang kurzzeitig aufzuhalten. Hintergrund des Ganzen ist der definitiv von der Landesregierung angeordnete Entzug des Status einer kreisfreien Stadt, was mit dem Status Oberzentrum, das wissen wir alle, gar nichts zu tun hat. Die Strategie für einen erneuten Anlauf für die Übernahme Roßlaus musste jedoch geändert werden. Also hat man sich etwas Neues einfallen lassen, die Fusion. Im März 2001 trägt der Bürgermeister der Stadt Roßlau, Herr Koschig, diese Strategie in den Hauptausschuss des Stadtrates Roßlau

ein und lobt diese Fusionsidee von Anfang an in den höchsten Tönen. Der Roßlauer Hauptausschuss will sich nicht grundsätzlich neuen Ideen verschließen und zeigt sich gesprächsbereit. Nicht jede neu klingende Idee muss ja von vorn herein schlecht sein. Die weitere Entwicklung soll hier nur in Stichpunkten angerissen werden.

Kooperation der Nachbarstädte Dessau und Roßlau. Hatten wir übrigens vor 3 Jahren auch schon.

Erarbeitung eines Vertragsentwurfs für eine Fusion der Städte Dessau und Roßlau, um beurteilen zu können, was denn nun der konkrete Inhalt eines Vertrages ist. Zur Beschlussstellung des Fusionsvertragsentwurfs Dessau-Roßlau als Grundlage für den Bürgerentscheid. Das ist das Ergebnis der jüngsten Entwicklung. An dieser Stelle sind wir heute an diesem Tag und zu dieser Stunde.

Schon im Laufe der Erarbeitung, jedoch spätestens zum heutigen Tag musste bei der Beurteilung des vorliegenden Fusionsvertrages klar sein, dass dieser Vertrag nicht den Namen Fusionsvertrag verdient, weil es sich in Wirklichkeit um einen klassischen Gebietsänderungsvertrag handelt, wie man ihn bei jeder beliebigen Eingemeindung von einer Gemeinde in eine größere Stadt ausarbeiten muss. Roßlau wird nach § 4 dieses Vertragsentwurfes zur Ortschaft Roßlau, bitte nachlesen, Gleichberechtigt neben z. B. Kleinkühnau, Großkühnau, Sollnitz, Brambach. Einzige Privilegien für die dann nur noch mit einem Ortschaftsrat ausgestatteten Ortschaft Roßlau gegenüber den anderen zahlreichen Ortschaften einer Stadt Dessau-Roßlau bleibt 1. die Wiederfindung des Namens Roßlau in einem Doppelnamen Dessau-Roßlau. 2. Die Abbildung des Roßlauer Wappens als Kleinformat im Dessauer Wappen. Diese zwei Zugeständnisse an Roßlau sind die einzigen Dinge, die diesen Fusionsvertrag vom waschechten Vertrag einer Eingemeindung unterscheiden. Alle anderen Paragraphen sind entweder eine Auflistung vorhandener Sachverhalte, z.B. Kindertagesstättenkonzept. In Roßlau gibt es zur Zeit die ...Tagesstätten, in Dessau gibt es die..., das wars. Oder das Aufeinanderlegen der Investitionsprogramme, die vorliegen, von Roßlau 2006-2008 und Dessau 2006-2008 aufeinander gelegt. Das ist die Anlage 4. Allerdings, jetzt kommts, gestern großes Streitthema Wunschliste der Roßlauer für Investitionen, die laut dem Papier zum Teil in den nächsten 25 Jahren umgesetzt werden sollen. Diese Wunschliste ist finanziell nicht untersetzt, hat überhaupt keine zeitlichen Festlegungen und ist nicht einklagbar. Also in jeder Beziehung beliebig und scheint nur die Funktion zu haben, den Vertrag schön aussehen zu lassen. Des Weiteren finden wir in Anlage 3 die Abbildung der Dessauer Verwaltungsstruktur auf einem A-4-Blatt oder als Anlage 2 die Hauptsatzung der Stadt Dessau und im Maßstab 1:1, also 100 % Dessau.

Ergo, Wappen und Doppelnamen sind viel zu wenig, um sich von einer eigenständigen, souveränen Stadt zum Vorort von Dessau, der kommunalrechtlich Ortschaft heißt, ohne Not und wirklichen Vorteil freiwillig herabzusetzen. Da sich also der Fusionsvertrag in Wirklichkeit als Eingemeindungsvertrag herausstellt, wird die SPD-Fraktion den Vertrag grundsätzlich ablehnen. Das wärs gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber wir wollen mal noch eingehen auf Positionen der Vorredner. Es wurde nach der Alternative gefragt, die sich für die Region, für Dessau, für Roßlau bietet. Wir wissen ja, dass das Hauptproblem Dessau selbst ist, der Erhalt der Kreisfreiheit. Zur Wende ist Dessau mit über 100.000 Einwohnern als kreisfreie Stadt und mit der Funktion des Oberzentrums bedacht worden. Dieser dramatische Einwohnerschwund, der jetzt kurz mit Roßlau aufgehalten werden soll, ist eine kurze Lösung. Das ist nicht langfristig, das schadet Roßlau. Wir verlieren die Eigenständigkeit. Übrigens, Herr von der Heydt, Ihr Vergleich mit der Heirat der stimmt nur zum Teil. Bei der normalen Heirat, da kann man sich wieder scheiden lassen. Wenn man sich ein-

gemeinden lässt, ist nichts mehr drin. (Einwurf Herr von der Heydt – bezüglich Kreistagsentschädigung)

Ich möchte auch gerne antworten. Sie sind ja neu im Stadtrat von Roßlau. Im Kreistag haben Sie noch nicht Staub gewischt. Ich denke, Sie wissen nicht überall Bescheid. Aber Sie müssten doch wissen, dass die Aufwandsentschädigung, wenn man Dessauer Stadtrat ist, wesentlich höher ist, als die Tätigkeit in Roßlau. Also, wenn der Kreis wegfällt, Herr von der Heydt, das ist doch ein Milchmädchenrechnung, was soll das? Das ist doch nur ein Schmutzwerfen. Sie haben versucht, mich aus dem Konzept zu bringen, das wird Ihnen nie gelingen.

Die bessere Alternative, Roßlau bleibt eigenständig und lässt sich nicht eingemeinden. Was passiert? Die Drohung verwirklicht sich, Dessau wird endlich die Kreisfreiheit los. Ist das schlimm? Überhaupt nicht. Oberzentrale Funktionen gibt es auch für Kreisstädte. Dessau würde diesen Status, der überhaupt nicht in Frage steht, Herr Brumme, bestätigen Sie mich doch bitte, überhaupt nicht in Frage gestellt. Vor Jahren, heute oder in Zukunft. Keine Gesetzesvorlage ist in Arbeit, nichts rührt sich. Diese Zusammenwerfung der Kreisfreiheit, und das ist auch gestern wieder zum Ausdruck gekommen von Herrn Oberbürgermeister Otto, mit dem Status Oberzentrum, wo er sich gestern doch, ich sage einmal, das ist kein feiner Stil, zu der Bemerkung hinreißen ließ, und das macht man meistens wenn man keine Argumente mehr hat, Herr Dreibröd weiß entweder nicht Bescheid, oder er lügt die Bürger an. Das ist eine Frechheit. Wenn das natürlich von der Presse einseitig interpretiert wird und realistische Äußerungen die von anderer Seite gemacht werden, weggelassen werden, dann ist das kein feiner Stil. Ich war auch heute bei der MZ und habe Frau Bürkmann und Herrn Gens, der war nicht da, soll es aber übermitteln, gebeten doch diejenigen, die für die Eigenständigkeit von Roßlau kämpfen, Fairness entgegen zu bringen, Ich denke mal, jeder der in die Vorgänge ein bisschen Einblick hat, der bei Veranstaltungen ist und danach die Presse liest, denkt, er war teilweise auf einer anderen Veranstaltung. Aber das kann sich ja noch ändern. Also, die Alternative, Dessau verliert die Kreisfreiheit, ist nicht schlimm, weil dann noch in diesem Jahr in Magdeburg entschieden wird (Frau Müller mahnt, an die Redezeit zu denken).

Also, Kreisstadt Dessau behält den Status Oberzentrum und zwangsläufig, und das ist der Punkt, kommt es wie automatisch, denn ich habe noch keine Kreisstadt ohne Kreis gesehen, kommt es wie automatisch zum Kreis Anhalt. Von allen geliebt, jeder will ihn. Da ist er. Und er ist vernünftig zusammengesetzt mit den Landkreisen Anhalt-Zerbst als Ganzes und nicht zerstückelt, für alle Zukunft zerstört. Nur mit riesigem Aufwand und mit hohem Verwaltungsaufwand, finanziell eigentlich nicht reparierbar. Ein Dauerschaden ohne Ende. Und es ist, wie wir sehen, das Beste für Dessau selbst. Eine langfristige Lösung, Dessau wird Hauptstadt, bleibt Oberzentrum. Hauptstadt vom dann zu bildenden Regionalkreis Anhalt. Lasst uns noch über die kleinteilige Lösung Verstärkung der Dessauer Einwohnerreihen kurzzeitig nachdenken. Was ist der Preis? Die alten Stadträte wissen es am Besten, was es bedeutet: 100 % hier selbst zu entscheiden, was hier passiert mit den Mitteln. Und im übrigen, Herr Bürgermeister, 700 T€ als Spritze für einen Finanzschub in Roßlau. 79 Verwaltungsangestellte müssen bei der Herauslösung aus dem Landkreis übernommen werden mit einem durchschnittlichen Etat von, aber nicht zu hoch geschätzten 35 T€ pro Verwaltungskraft, im Jahr sind das 2,8 Millionen, was Dessau-Roßlau erst einmal dafür aufbringen müsste. Nur mal das so nebenbei.

Ich möchte also schließen, die bessere Alternative ist die langfristige Lösung. Dafür werden wir kämpfen und ich hoffe, dass der Roßlauer Bürger das erkennt. Die Argumentation wird noch kommen. Jeder wird sich dafür einsetzen für seine Auffas-

sung. Und im Übrigen, an der Spekulation über persönliche Gründe, warum Frau Sauermilch, warum Herr Brumme, der auch schon Sprecher der Initiative Roßlau war, warum Herr Koschig als Spitzenkraft von Pro Roßlau, der damals 2001 natürlich seine 7 Jahre durch die erfolgreiche Bürgermeisterwahl sichern konnte. Sicher nicht in dem Zusammenhang. An diesen persönlichen Spekulationen wollen wir uns nicht beteiligen. Das ist meine Bitte an alle. Deswegen, Herr von der Heydt, Wegfall von Kreistagsentschädigungen, was solls. Das ist Schmutz, den wollen wir nicht bewerten.

Herr Tonndorf, Fraktion Neues Forum

Ich darf nach Geschäftsordnung ein zweites Mal reden, ich will das heute tun. Als erstes möchte ich feststellen, Herr Pfennigsdorf, dass wir heute nicht über den Fusionsvertrag abstimmen, sondern der Text der Beschlussvorlage lautet, dass dieser Entwurf in dieser Form in die Bürgerbeteiligung gegeben wird, nichts weiter wird heute beschlossen. Ich darf Sie über das weitere Prozedere informieren. In diesem Entwurf des Fusionsvertrages werden die Anregungen, die die Bürger haben, werden die Ideen, die noch in den Hauptausschüssen Dessau und Roßlau erarbeitet werden, eingefügt werden. Und hier werden auch Details noch eingefügt, die wir im Stadtrat Roßlau erarbeiten müssen. Allerdings, und das muss ich sagen, wird es in diesem Fusionsvertrag, in dem Entwurf des Fusionsvertrages, keine Änderungen mehr geben, die grundsätzlicher Natur sind.

Herr Dreibrodth hat an einer Stelle gesagt, dass hier eine substanzlose Wunschliste veröffentlicht wurde als Anhang für das Investprogramm. Herr Dreibrodth, Sie haben Recht, diese ist nicht untersetzt, aber das konnte sie nicht sein. Sie wissen wie ich, dass für solche Dinge kein Geld war. Wir haben ein Haushaltskonsolidierungskonzept und versuchen innerhalb von 8 Jahren wieder eine schwarze Zahl zu schreiben, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Da blieb natürlich kein Geld für solche Ideen. Ich will Ihnen aber sagen, wenn Sie sagen, dass es eine substanzlose Liste ist, dann ist das eine Missachtung der Arbeit aller Stadträte. Denn das, was dort drin steht, haben wir seit Jahren geträumt. Und das möge uns gestattet sein. Wenn wir als Räte nicht träumen dürfen, dann können wir auch nicht nach vorne denken. Die erhöhten Zuwendungen, die wir als kreisfreie Stadt erhalten, ermöglichen uns solche Aufgaben anzugreifen. Haben Sie nicht mit beschlossen das Konzept, das Burgkonzept, wo wir in Jahresscheiben unsere Burg wieder zu einem Highlight unserer Stadt machen, haben Sie nicht das Innenstadtkonzept unserer Stadt mit beschlossen, wo die Rolle des Kaufhauses in seiner Bedeutung für die Innenstadt eindeutig erläutert ist? Haben Sie nicht als Vorsitzender des Bauausschusses an der grundhaften Sanierung Roßlauer Straßen mitgearbeitet und wollen Sie nicht sagen, dass wir das jetzt fortsetzen sollen? Oder haben Sie nicht davon geträumt, dass unsere Ruderer und Paddler an der Elbbrücke ein Bootshaus erhalten? Ich denke, das haben wir alle miteinander auch schon mehrfach im Sozialausschuss diskutiert. Und ist uns nicht seit dem Abzug der Russen, ich glaube im Jahr 1992 gelungen, das Konversionsgelände in der Garnison zu entwickeln und wollen wir das nicht weiter tun? Und haben wir damals aus fehlenden Mitteln gesagt, gut, wir wollen das Rathaus sanieren, aber mit Fahrstuhl und komplett behindertengerecht, das schaffen wir jetzt nicht. Aber jetzt wollen wir es, jetzt haben wir die Mittel dazu, dass auch die 3. Etage für Behinderte zu erreichen ist.

Um ein letztes Wort zur Straßenbahn zu sagen. Immer wenn man mit Roßlauern gesprochen hat, wurde gesagt, aber wenn wir dann nach Dessau kommen, wollen wir auch die Straßenbahn wieder haben. Und bitte sehr, mit Augenzwinkern ist das in

dieses Programm aufgenommen worden. Und ich denke, Augenzwinkern und ein bisschen Humor kann auch in der ernstesten Politik sein.

Herr Vester, Fraktion PDS

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

sehr geehrte Frau Vorsitzende,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

ich möchte mich mit meinem Redebeitrag etwas kurz fassen. Ich will ganz kurz darlegen, wo wir als Fraktion der PDS Konsens haben. Die Fraktion der PDS im Stadtrat hier in Roßlau steht für den Großkreis Anhalt-Zerbst mit den Kreisen Bitterfeld, Wolfen, Köthen, Anhalt-Zerbst und Wittenberg als politische Mission und alle die, die etwas von Marketing und anderen Dingen verstehen, werden das einsehen oder werden auch mir zustimmen, dass das Sinn macht. Dass man mit so viel werbeträchtigen Begriffen wie Anhalt als solche, Bauhaus, Wörlitz, Luther und ähnliches für die Region dann werben kann. Wir sind als Fraktion für einen Bürgerentscheid und wir sind als Fraktion dafür, das in den Fachausschüssen auf die Tagesordnung zu bringen. Fusion hat stattgefunden im Hauptausschuss und sollte wahrscheinlich aus den Fachausschüssen rausgehalten werden. Wir sind auf gutem Weg, im Wirtschaftsförderungsausschuss haben wir eine Sondersitzung festgelegt, und ich denke, dass uns das im Bauausschuss ebenfalls Anfang Februar gelingen wird. Ich will das noch einmal sagen, dafür stehen wir als Fraktion der PDS und wir wollen uns aktiv in diesen Fachausschüssen einbringen zur weiteren Qualifizierung dieses Vertragsentwurfs. Der Vertragsentwurf bedarf sicherlich einiger Verbesserungen und auf eine, auf die legen wir auch als Fraktion einen ganz besonderen Wert. Viele von Ihnen kennen das schon von mir. Das ist nämlich die salvatorische Klausel. Und wir legen Wert auf eine salvatorische Klausel mit der Zielstellung, dass der Vertrag nur als Ganzes von den Behörden und im Landtag bestätigt oder abgelehnt werden kann. Also wir wollen als PDS-Fraktion verhindern, dass hier der Vertrag nur in Teilen bestätigt werden kann und dann eine Fusion stattfindet. Das wollen wir verhindern. Deswegen der besondere Wert auf diesen Schwerpunkt, auf diese salvatorische Klausel. Ich wollte am Ende noch etwas sagen zum Ehevertrag. Einen Fusionsvertrag von zwei Städten kann man mit einem Ehevertrag absolut nicht vergleichen. Denn wenn Sie im Ehevertrag etwas sittenwidriges festlegen, nützt Ihnen der Vertrag gar nichts.

Dankeschön.

Herr Brumme, Fraktion CDU

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

werte Damen und Herren Abgeordnete,

die Vertragsverhandlungen und durchgeführten Untersuchungen dazu ergaben, eine Fusion unserer Stadt mit Dessau bietet uns für die Zukunft mehr Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten als es als kreisangehörige Gemeinde zukünftig möglich sein wird. Wir haben da unsere speziellen Erfahrungen als kreisangehörige Stadt bzw. Gemeinde. Der uns im Entwurf vorliegende Fusionsvertrag Dessau-Roßlau zeigt hier klare Möglichkeiten auf und die CDU-Fraktion wird diesem voll ohne wenn und aber zustimmen. Die jetzige Situation in und um unsere Stadt herum hat sich gegenüber 2001 dramatisch geändert. Der starke Rückgang der Bevölkerungsentwicklung der damals 2001 sich nicht so dramatisch abzeichnete, wie er sich jetzt vollzogen hat und wie es bis 2020 prognostiziert wird, zwingt uns zu neuen Überle-

gungen. Auch der starke Rückgang der Kommunalfinzen auf Grund ständig zurückgehender Steuereinnahmen, das ist eine Zwangskaskade, die sich da einstellt, vom Bund, vom Land. Es werden ständig weniger Steuern eingenommen. Wir haben im Land zum Beispiel einen Steuereinbruch von über einer Milliarde Euro zu verzeichnen vom Jahre 2002 an. Dieses wirkt sich dann natürlich auch auf unsere Kommunalfinzen aus. Wir werden auch feststellen, dass zukünftig diese Finanzsituation sich nicht ändern wird, denn wir stecken als Land, auch die Kommunen und Landkreise, ich möchte das mal so sagen, in einer Schuldenfalle, aus der wir uns nur mühselig, Stück für Stück rausarbeiten können. Und das wird einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Also werden wir auf diesem Gebiet auch keine Wunder zukünftig erwarten können, auch wenn die Konjunktur noch so sehr anspringt. Wir zahlen von unserem Landeshaushalt der 10 Milliarden Euro beträgt eine Milliarde Euro an Zinsen, um die Schulden, die in der Vergangenheit gemacht wurden zu begleichen. Und ich stehe dazu, was ich auch 2001 gesagt habe, nicht ohne Not soll die Selbstständigkeit einer Kommune aufgegeben werden. Das ist richtig so. Aber wir haben jetzt Not. Und die Not wird auch in absehbarer Zeit so bleiben. Was haben wir denn noch zu entscheiden, Herr Dreibrod. Wenn Sie sagen 100 % Entscheidungsmöglichkeiten, die wir als Roßlauer haben. Was denn? Wir können doch höchstens noch entscheiden, wann das Licht in der Straße aus und an gemacht wird. Wir haben doch kaum noch Geld. (Einwurf Herr Dreibrod: Sie sind ja nicht hier, wenn Entscheidungen gefällt werden)

Jawohl, so ist es, da sitze ich im Landtag um für Roßlau zu streiten, was in der Vergangenheit nicht so war. Herr Dreibrod, wir sitzen beide im Kreistag. Sie wissen ganz genau, die Bigpoints werden im Kreistag entschieden und nicht hier bei uns. Da haben sich ja Koalitionen zusammengefunden. Da waren sich immer die Zerbster einig mit anderen Regionen, wenn es darum ging in Roßlau das Krankenhaus zu schließen und der gleichen mehr. Und Sie, Herr Dreibrod, haben damals für die Schließung des Krankenhauses gestimmt (Einwurf Herr Dreibrod – Frau Müller bittet um mehr Ernsthaftigkeit). Mit dem Verlust der Kreisfreiheit von Dessau und dies ist eine reale Option der Landesregierung, würde Dessau dann als kreisangehörige Stadt deutlich weniger an Finanzmitteln erhalten, 10 – 12 Millionen Euro. Und Ihr Vorschlag, Herr Dreibrod, ist eine deutliche Kampfansage. Und wenn das das Programm der SPD ist, dann weiß ich nicht, wie die Dessauer bei der nächsten Wahl abstimmen. Das ist eine deutliche Kampfansage gegen Dessau und auch gegen Roßlau. Denn Roßlau ist dermaßen abhängig vom Wohl und Weh der Stadt Dessau, dass wir uns das nicht leisten können, dass Dessau dauerhaft geschädigt wird. Ein weiterer gravierender, negativer Punkt für Dessau wäre dann die Fremdbestimmung durch einen Kreistag. Wir wissen ganz genau, und da haben Sie ja auch Erfahrung, die Sie schon gestern im Hauptausschuss kund getan haben, dass nie gegen den Willen, auch gegen existentielle Interessen einer Stadt entschieden werden kann. Das war im Fall Roßlau der Fall. Diese Lösung – Kreisfreiheit wegnehmen und eine große schöne Kreisstadt – diese Lösung ist für unsere Region absolut kontraproduktiv. Denn warum gibt es denn die Kreisfreiheit. Sicherlich, in Deutschland gibt es Kreisfreie Städte, die 30 – 40 Tausend Einwohner haben, aber dies aus einem ganz bestimmten Grund. Um die Entwicklung in dieser Stadt und in der Region voranzutreiben. Es gibt aus dieser Kreisfreiheit bestimmte Impulse, die eine Kreisstadt nie geben kann. Roßlau kann als eigenständige Stadt, das ist auch schon angekommen, 2005 und erst recht in den Folgejahren deutlich weniger Finanzmittel für Investitionen bereitstellen, als es bisher der Fall war. Und wenn wir als Dessau-Roßlauer bzw. Roßlau-Dessauer dann zukünftig zusätzlich Finanzmittel erhalten von rund einer Mil-

lion Euro, die dann als Cofinanzierung genutzt dann noch mehr Gelder für uns als Investitionen bringen, ich rechne dann mit zwei oder drei Millionen mindestens, dann können wir diese Wunschliste, die Herr Tonndorf als Traumliste gebracht hat, sicherlich nicht abarbeiten, aber wir können einiges davon, was auch bitter nötig ist, dann davon realisieren. Das ist wichtig.

Ich fasse noch einmal zusammen. Nur mit einer starken kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau als Oberzentrum kann die gesamte Region Anhalt eine weitere kontinuierliche positive Entwicklung nehmen. Alles andere würde Stagnation und ein Absinken der gesamten Region in die Bedeutungslosigkeit zur Folge haben. Aber, Herr Dreibrodt, was steht schon in der alten Schrift: Wer nicht sehen will, der wird auch nie sehen wollen.

Ich denke, viele Roßlauer werden auf Ihre destruktive Haltung eine entsprechende Antwort geben

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Sehr geehrte Damen und Herren, ich mache als erstes den Vorschlag dieses Rednerpult mal konstruktiv zu verändern. Daran können Sie sehen, Frau Sauermilch, nicht alles, was Design ist, ist auch praktisch.

Ich möchte noch einmal auf meine Vorredner kurz eingehen und möchte einmal beleuchten, dass keine die absolute Wahrheit für sich gepachtet hat. Sondern, es ist ja immer der Standpunkt des jeweiligen Betrachters auf die Dinge. Was natürlich besonders amüsant ist, ist, dass die glühenden Befürworter von Pro Roßlau jetzt die glühenden Befürworter von pro Dessau sind. Da hat jeder seinen Grund. Aber es erschließt sich mir nicht, wo denn diese gravierenden Veränderungen auf einmal stattgefunden haben, die diesen Sinneswandel von Hü auf Hot bewirkt haben. Ich kann Ihnen aber sagen, was uns bewogen hat, gegen eine Fusion zu sein. Wir sind primär gegen eine Fusion, weil damit die Entwicklung des Gebietes blockiert wird. Und, was würde daraus passieren. Das Institut für Wirtschaftsförderung Halle hat vor kurzem in der Zeitung dargelegt, dass sich Industrieansiedlung primär an Regionen orientieren bei ihrer Standortauswahl und sekundär an bestimmten Städten. Das heißt, auf unsere konkrete Situation runtergebrochen, die Stärkung der Insellösung ist kein Signal für Industrie schlechthin sich bei uns anzusiedeln. Überhaupt nicht, sondern im Gegenteil. Da das Umfeld vernachlässigt wird, zerpfückt, zerrissen, kein homogenes Gebilde ist, auch das Umfeld unattraktiv wird für Ansiedlungen. Ohne Raum und ohne materielle Basis nützt so ein tolles Teil wie Oberzentrum, Kreisfreiheit überhaupt nichts. Es ist auch in den ganzen Befürwortungen für diese Fusion überhaupt nicht darauf eingegangen worden, welche Arbeitsplätze entstehen denn? Wo entsteht denn hier eine Zukunftsvision? Wo kommt denn hier die Attraktivität her? Njente – nichts. Es heißt immer nur, dann kriegen wir Zuwendungen. Zuwendungen heißt doch Alimentierung, deren Höhe fraglich ist, offen. Die kann heute so, morgen so sein. Das ist doch etwas, was nicht erarbeitet ist. Das ist doch das, was die westlichen Bundesländer ständig reklamieren. Die verlangen doch von uns, erarbeitet mal euer Geld selber und haltet nicht immer die Hand auf. Genau in diese Richtung zielt unser Ansinnen. In dem wir diese Fusion verhindern und in dem wir natürlich auch ein bisschen an uns selber denken und sagen, es ist für uns nicht attraktiv, ein Vorort von Dessau zu werden, für die Eigenständigkeit von Roßlau eintreten, machen wir, wie Herr Dreibrodt das richtig dargelegt hat, den Weg frei für einen Großkreis Anhalt. Und der Verlust der Kreisfreiheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, da muss ich noch einmal in die Geschichte zurückgreifen und muss sagen, Dessau hatte seine größte Zeit als es Kreisstadt war. Das war nämlich zu Zeiten des

Bauhauses und zu Zeiten, als Hugo Junkers seine Flugzeuge entwickelte, also noch in den Vor-Nazizeit.

Herr Tonndorf, ich stimme mit Ihnen völlig überein, dass man Träume haben muss. Wer nicht träumt hat keine Ziele, der weiß überhaupt nicht wozu er lebt. Aber glauben Sie denn wirklich, dass es die ideale Basis ist, Träume zu verwirklichen, wenn sich ein Pleitier mit einem Habenicht zusammen tut? Ich will nicht im Einzelnen auf die Finanzlage eingehen, aber wir konnten das vor kurzem in der Zeitung lesen, dass der Dessauer Haushalt extrem belastet ist. Dass Dessau nicht ein noch aus weiß, seine Schulden abzubauen. Und wir, der Erfüllungsgehilfe sein sollen, mit den Mitteln, die dann durch die Fusion zusätzlich kommen würden, um hier noch Land zu sehen. Das ist doch keine Zukunftsperspektive. Das ist doch der Wasserstand Oberkante Unterkiefer. Das Thema hat Bestand vielleicht 3-4 Jahre und dann ist wieder Holland in Not und dann wird mit einer noch heißeren Nadel gestrickt. Wir sollten uns doch nicht Gedanken darüber machen, wie wir eventuell Geld kriegen, was wir von irgend welchen Seiten geschenkt bekommen, sondern wie wir selber unser Geld verdienen können. Und zwar, in dem wir unsere Region attraktiv machen. Das sind eigentlich Aufgaben, die wir als Roßlauer Stadträte überhaupt nicht zu erfüllen haben. Und dafür sind wir auch nicht gewählt worden. Aber das Land, durch seine Untätigkeit bzw. die Landesregierung zwingt uns dazu, in diese Entscheidungslinie hinein zu wachsen und hinein zu denken. Weil wir als das Zünglein an der Waage dargestellt werden und uns hier Belastungen aufgetragen werden, uns Roßlauer Stadträten, die uns überhaupt nichts angehen, durch die Untätigkeit der Landesregierung. Aber kommen wir zurück. Ich möchte es einmal versuchen, plakativ für alle hier im Raum darzustellen, was die Entscheidung Ja oder Nein mit sich bringt. Eine Entscheidung für die Fusion bringt uns keinen Vorteil und bewahrt Dessau vor der Pleite. Eine Entscheidung gegen die Fusion lässt unsere Eigenständigkeit und schafft den Weg für einen großen wirtschaftlich leistungsstarken Kreis Anhalt. Und diese Entscheidung wollen wir als Stadträte nicht in diesem erlauchten Gremium treffen, sondern die wollen wir auf jeden Fall unseren Bürgern übertragen. Denn das ist eine Entscheidung von existentieller Bedeutung.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Werte Anwesende,

die letzten Worte meines Vorredners möchte ich nur einmal kurz aufgreifen. Es wäre natürlich angebracht, wobei ich zugestehen muss, es ist äußerst schwierig unseren Bürgern dieses Vokabular bzw. die ganzen Formulierungen und Ausführungen inhaltlich nahe zu bringen. Fakt ist eines, das Entscheidende ist doch, mit welchem Rüstzeug, mit welchem Wissen und mit welchem Insiderwissen können unsere Bürgerinnen und Bürger wirklich sich ein Urteil bilden, Pro oder Kontra. Da sind wir als Stadträte eigentlich aufgefordert darauf einzuwirken, dass in unserer Presse nicht nur dieser Fusionsvertrag in dieser Form erscheint, sondern dass man vielleicht versucht, auch die Meinungen der einzelnen Pro und Kontra-Gegner einmal zu veröffentlichen. Nicht durch die Presse selbst, sondern vielleicht, ich meine wir haben ja unser Amtsblatt, wo auch immer sehr viel Interessantes oder auch nicht Interessantes drin steht, in dieser Form. Ich wünsche mir, dass unsere Bürger mehr einbezogen mehr aufgeklärt und mit mehr Wissen ihre Entscheidung treffen sollten.

Herr Koschig, Bürgermeister

Frau Vorsitzende,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein paar Anmerkungen seien mir zum Schluss der Debatte dann noch erlaubt, weil einige Dinge doch noch einer Beantwortung bedürfen. Das Goethe-Gymnasium ist in einer kreisangehörigen Kreisstadt Dessau nicht zu retten. Wir werden definitiv auch im Landkreis Anhalt-Zerbst das Goethe-Gymnasium nicht halten können. Es ist als endgültig anzunehmen, dass die Coswiger nach Wittenberg gewechselt sind. Alle Bemühungen, die Coswiger für das Goethe-Gymnasium zu gewinnen, sind eigentlich gescheitert. Es gibt noch Coswiger Schüler, die zu uns kommen, es kommen auch Geschwisterkinder, aber mit jedem Jahrgang wechseln mehr Coswiger an das Wittenberger Gymnasium. Mit der Zuordnung des größten Teils der Verwaltungsgemeinschaft Rosseltal zur Verwaltungsgemeinschaft Coswig wird es über kurz oder lang auch zu einer Zuordnung oder Neuorientierung von Schuleinzugsbereichen im Sekundarschulbereich kommen und auch das wird eine weitere Hinwendung von Kindern aus dem Rosseltaler Bereich über Coswig nach Wittenberg bedeuten. Möglicherweise auch nach Dessau. Aber das Goethe-Gymnasium Roßlau ist von der Schließung bedroht und es gibt schon ein Papier im Ministerium, wo die Zahl 2008 drin steht. Wir werden als Stadt Roßlau, als selbständige Kleinstadt, kreisangehörige Stadt Roßlau, nicht finanziell in der Lage sein, das zu tun, was momentan der Landkreis versäumt hat, das Haus so herzurichten, dass es auch vom Sanierungszustand her attraktiver ist, um Kinder zu gewinnen. Wir werden auch mittelfristig in der Zeit, über die wir jetzt reden, nicht in der Lage sein, die Schule so attraktiv machen, um sie als Spezialgymnasium vor der Schließung zu bewahren. Fusionen von Gymnasien über Stadtgrenzen hinaus gehen nicht. Das haben wir erfahren, als wir versucht haben, ein Stück gymnasialen Standort in Coswig zu retten. In dem wir vorgeschlagen haben, eine Außenstelle des Goethegymnasiums Roßlau in Coswig aufrecht zu erhalten. Das geht so nicht, ein Teil muss ein auslaufender Standort sein. Es ist eine völlig andere Situation, wenn diese beiden Gymnasien in einer Stadt sind, wo an dem einen Gymnasium die Schüler nicht komplett untergebracht werden können, dann über einen Zusammenschluss von zwei gymnasialen Standorten zu einem Gymnasium, nämlich hier Philanthropinum mit dem Haus Goethe in Roßlau, über den Namen wollten wir uns immer noch verständigen, da brauchen wir einfach auch Hinweise aus der Bürgerschaft, aus dem Rat, nur so ist der gymnasiale Standort in Roßlau zu halten und es kann uns nichts Größeres gelingen, als dass unsere Kinder von Klasse 5 bis 10 eben auch in Roßlau weiterhin gymnasial beschult werden. Die anderen Varianten, die hier aufgezählt wurden, funktionieren nicht. Die Ortschaftsverfassung für Roßlau und Meinsdorf ist kein Wille unserer Dessauer Verhandlungspartner. Das war freier Wille, dies mit in den Vertrag für die Roßlauer Seite mit hinein zu schreiben. Wenn der Stadtrat keine Einführung der Ortschaftsverfassung für die Stadt Roßlau (Elbe) wünscht oder für den heutigen Ortsteil von Roßlau- Meinsdorf nicht wünscht, muss er das sagen. Da hängen sich die Dessauer nicht rein. Wenn Ihr das wollt, dann machen wir das, sagen die Dessauer. So wie die Dessauer eben für bestimmte Stadtteile ihrer Seite die Einführung der Ortschaftsverfassung nicht wünschen. Und für andere haben sie sie eingeführt. Und wir sagen, warum sollen wir in dieser Doppelstadt Dessau-Roßlau nicht flächendeckend für alle Ortsteile oder Stadtteile dann auch die Ortschaftsverfassung haben, um einfach auch das bürgerschaftliche Engagement weiterhin zu befördern? Davon unbenommen ist, dass Dessauer und Roßlauer dann gemeinsam in einem Stadtrat sitzen. Und wieviel Roßlauer, Meinsdorfer, Mühlstedter, Streetzer im Dessau-Roßlauer Stadtrat dann sitzen werden, das ist eine Sache, ob ich mich zur Verfügung stelle für so ein Mandat, was ja wahrlich nicht einfach ist, wie man heute merkt. Und natürlich b), dass ich dann auch die Stimmen der Wählerinnen und Wähler bekomme.

Was die Sondersitzung der Ausschüsse betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, da wollte ich dann ohnehin zur Schließung der Sitzung Sie noch bitten, anschließend hier zu bleiben. Wir müssen uns zu einigen Dingen verständigen.

Die salvatorische Klausel, Herr Vester, bitte ich mir schriftlich zu übergeben, damit wir sie dann mit nach Dessau nehmen können.

Mehrere Redner haben heute gesagt, wir wollen heute nicht den Fusionsvertrag beschließen. Ich habe in meiner Eingangsrede gesagt, dass wir ihn heute gar nicht beschließen, sondern wir bestätigen ihn. Und weil es solche Missverständnisse geben kann, haben wir noch einmal eine neue Vorlage vorgelegt. Wir bestätigen heute den vorliegenden Vertrag, so wie er ist, als Entwurf und als Grundlage, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Das heißt also, wir können jede weitere Sitzung der Fachausschüsse für die Diskussion und die weitere Bearbeitung dieser Dokumente nutzen. Genau so tun das nämlich unsere Dessauer Partner auch. Wir haben gestern uns gemeinsam über ein Grundgerüst der Hauptsatzung verständigt. Die Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau ist ein Papier, das die Bürger am wenigsten mit uns diskutieren werden.

Der Kultur-, Sport- und Freizeitplan, den stelle ich mir in der bürgerschaftlichen Diskussion viel spannender vor. Und die Dessauer gehen jetzt auch in ihre Fraktionen, in ihre Ausschüsse und wir werden uns dann, wir wollen dazwischen noch einen Besuch beim Ministerpräsidenten einschieben, wieder zusammensetzen, um mit den Erkenntnissen von Dessau und Roßlau weiter an dieser Hauptsatzung zu arbeiten. Und genau so gilt das für das gesamte Vertragswerk. Deswegen nehme ich dankbar das Angebot der Fraktion der PDS an, sich intensiv mit einzubringen und bitte Sie jetzt auch einfach als Fraktion, diesen Stand, den wir jetzt haben, mit zu bestätigen. Um einfach ein möglichst breites Votum dieses Hauses mitnehmen zu können in die Bürgerschaft, aber eben auch über die Elbe zu unseren Dessauer Verhandlungspartnern.

Und abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort Wahrheit ist heute sehr oft zitiert worden. Korrekter Weise müssten Sie denn schon sagen, Pro Dessau-Roßlau. Und, da sind sich viele Politiker beider Städte einig und ich glaube auch viele ihrer Bürger, dass Sie Pro Dessau-Roßlau sind. Ich habe heute mit Prof. Seeber gesprochen und der gab mir mit auf den Weg, Dessau-Roßlau, da gewinnen alle. Denn bei so einer Konstruktion kann eigentlich keiner verlieren.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um die Zustimmung zu diesem Arbeitsstand unserer Verhandlungsarbeit mit der Stadt Dessau.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Werter Herr Bürgermeister, Frau Vorsitzende, werte Anwesende, sicher war es eingeplant, dass das Ihr letzter Beitrag war vor der Abstimmung. Aber man muss dazu noch etwas sagen. Herr Bürgermeister Koschig, Sie wissen ganz genau, dass das Gymnasium einer der Reizpunkte ist, der die Bürger anspricht und interessiert. Es ist nicht wahr, dass die Variante Goethe-Gymnasium betitelt Goethe-Haus, wie es jetzt im Vorschlag ist, als Außenstelle des Philantropinum in Dessau die einzige Möglichkeit ist, hier in Roßlau eine gymnasiale Beschulung vorzuhalten. Wahr ist, dass das Schulgesetz gilt. Und das Schulgesetz sagt, bei einer Eigenständigkeit von Roßlau ist, weil das Gymnasium dann ein Einzelstandort ist und bleibt, ist die Zweizügigkeit ausreichend. Und zwar nicht nur für die Klassen 5 bis 9 als diese Notvariante für 3 Jahre, sondern für die Zukunft, weil der Schülerbestand für die Zweizügigkeit langfristig gesichert ist. Nicht nur im jetzigen Kreis Anhalt-Zerbst, son-

dern im zukünftigen Kreis Anhalt mit Zentrum Kreisstadt Dessau auch. Das heißt, die wahre Bewahrung als einzigste Chance des gymnasialen Standortes in Roßlau von Klasse 5 bis 12 ist die Zweizügigkeit, wenn Roßlau eigenständig bleibt und das Gymnasium den Charakter eines Einzelstandortes lt. Schulgesetz behält. Also, Herr Koschig, nicht nur die eine Variante zum Besten geben, die mühsam erarbeitet wird, damit sie in den Kram passt, sondern die bessere Variante auch erwähnen.

Herr Koschig, Bürgermeister

Ich lade Herrn Dreibrodt zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Pro Gymnasium ein. Es könnten durchaus auch noch ein paar mehr Stadträte sein. Da Herr Dreibrodt sich als profunder Kenner der Schulgesetze dargestellt hat, brauche ich Ihre Mitarbeit dort ganz dringend.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, ich möchte beantragen, dass vor der Abstimmung eine Beratungspause eingelegt wird um den Stadträten Gelegenheit zu geben, sich noch einmal gegenseitig auszutauschen, denn die Vielfalt der Beiträge kann ja doch noch mal dieses oder jenes bei der Herangehensweise bewirken. Ich möchte bitten, diese Pause einzulegen, so dass hier noch einmal Positionen überprüft werden können.

Frau Müller, Vorsitzende des Stadtrates

Frau Müller setzt das Einverständnis aller Stadträte voraus und genehmigt eine Pause von 10 Minuten. Die Pause beginnt 19:22 Uhr.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, setzt 19:38 Uhr die Beratung fort.

So, meine Damen und Herren, ich denke die Pause hat Ihnen genützt, eventuell Ihre Meinung noch einmal zu überdenken.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung dieser Beschlussvorlage, die da heißt:

„Der Stadtrat bestätigt den in der Anlage befindlichen Entwurf des Fusionsvertrages zwischen den Städten Dessau und Roßlau einschließlich der Anlagen als Grundlage der weiteren Bürgerinformation.“

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	19	9	0

**5.4. Beschluss über die Durchführung eines Bürgerentscheides zur Fusion der Städte Dessau und Roßlau am 2**

**Vorlage: BV/0358/05-BM**

Herr Koschig, Bürgermeister

Werte Stadträte, werte Anwesende,

auch diese Vorlage lege ich Ihnen in veränderter Form vor, denn wir haben ja soeben den vorliegenden Entwurf des Fusionsvertrages bestätigt und nicht den Fusionsvertrag selbst beschlossen. Damit haben wir eine Diskussionsgrundlage, an der im Gespräch mit den Bürgern und auch mit Dessauer Verhandlungspartnern noch weiter gefeilt werden kann. Was wir aber jetzt brauchen ist das Votum der Bürger.

Jedes weitere Zögern und Hinausschieben würde die Situation nur noch verschlimmern. Wir sind vor über einem Jahr mit den Dessauern in einen sehr fruchtbaren und teilweise auch schon heute Früchte tragenden Prozess eingetreten. Ich darf Sie alle einladen zum 1. Kurt-Weill-Fest hier in Roßlau im Ratssaal am 28. Februar, um nur ein Beispiel zu nennen. Und einem Prozess, der für seinen weiteren Ausgang jetzt ein klares Wort braucht. Wir stehen vor Fragestellungen und Entscheidungen, die man sinnvoll nur beantworten bzw. treffen kann, wenn die Bürgerschaft gesprochen hat.

Das simpelste, primitivste Beispiel ist die gestrige Frage nach dem Wappen, für dessen bessere Zeichnung ein Heraldiker genommen werden soll. Dafür Geld auszugeben sollte man doch wirklich erst dann sich entschließen, wenn auch die Fusion tatsächlich stattfinden wird.

Oder, eine der kompliziertesten Fragen, die Fusion der beiden Stadtverwaltungen betreffend, einschließlich der heute schon erwähnten Übernahme der Mitarbeiter der Kreisverwaltung und die Einpassung in ein Ganzes, mit der Ausweisung der beruflichen Perspektiven für jeden einzelnen Mitarbeiter. Es ist wohl nur zu verständlich, dass sich hier unsere Personalräte mehr und detailliertere Informationen wünschen. Doch was ist, wenn die Fusion dann nicht gewollt wird? Alle Aufregung wäre umsonst. Doch die Ungewissheit unter den Mitarbeitern bleibt und wir sollten gemeinsam dann auch hier dieser Ungewissheit ein Ende bereiten, damit wir in konkretere noch detailliertere Untersuchungen eintreten können. Viele Entscheidungen hängen von unserem Weg ab. Auch das ist ein Grund, nicht länger zu zögern. Ich habe es eingangs schon bei der Einbringung der anderen Vorlage erwähnt. Die Kreisgebietsreform hat in unserem Lande wieder an Fahrt gewonnen bzw. die Regierung gerät zunehmend unter Entscheidungsdruck für die anstehende Kreisgebietsreform. Da sind die Landräte der Nachbarkreise schon sehr gespannt, was hier in unserer Region passiert. Ich darf aber das Votum oder die jüngsten Äußerungen des Ministerpräsidenten als sehr ermunternd, ermutigend aufgreifen, der sich für eine regionale Kreisgebietsreform ausgesprochen hat, so dass der doch hier von mehreren Seiten angesprochene Regionalkreis, Großkreis Anhalt (das sind alles Begriffe, die ja nicht durch Definitionen untersetzt wurden. Gemeint sind damit Fusionen von mehreren Landkreisen in unserer Region), dass dieser dann auch von der Regierung vorgeschlagen wird. Diese Zukunftsdiskussion über die Zukunft unserer Stadt, unserer beiden Städte und damit sicher auch der ganzen Region müssen wir jetzt mit unseren Bürgerinnen und Bürgern führen. Diese Diskussion muss dann, das ist meine feste Überzeugung zu einem Bürgerentscheid führen. Es handelt sich um eine existentielle Frage für unsere Stadt, die dem Bürger in ganzer Verantwortung übertragen werden muss. „Sind Sie für die Fusion – Ja oder Nein?“

Das entbindet dennoch nicht den Stadtrat von seiner Verantwortung und entmündigt ihn keineswegs. Er bleibt in seiner vollen auch vom Wähler übertragenen Verantwortung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns die Bürgerinnen und Bürger mit auf den Weg nehmen. Die Dessauer sind uns ein großes Stück entgegen gekommen und viele Roßlauer warten auch nur darauf, auf diesem Weg mitgenommen zu werden. Die Geister scheiden sich spätestens an der Urne. Wir aber hier im hohen Hause dieser Stadt sollten die Art und Weise des Urnengangs noch in möglichst großer Geschlossenheit bestimmen. Ich bitte Sie, die Annahme der Beschlussvorlage mit der Beschlussfassung zur Durchführung eines Bürgerentscheides am 20. März 2005 auf der Grundlage des eben bestätigten

Entwurfs, der dann noch fortentwickelt werden wird, mit der Fragestellung, und das ist das entscheidende: „Sind Sie für den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau zur neu gebildeten Doppelstadt Dessau-Roßlau“

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Werte Damen und Herren,

wir sind wie so oft an einer Stelle, wo der Teufel im Detail liegt. Wir haben als Fusionsgegner vehement uns dafür eingesetzt, dass es keine wie immer auch definierte Bürgerentscheidung, die nicht genau definiert war, gibt, oder eine Bürgerbefragung, sondern dass wirklich ein Bürgerentscheid stattfindet. Mehrheitlich ist man nun uns gefolgt, was ich schon mal sehr gut finde. Aber nun müssen wir aufpassen, dass der Bürgerentscheid auch wirklich eine Alternative bietet, dass der Bürger entscheiden kann, ob oder nicht. Und diese Alternative eröffnet sich mit der Fragestellung. Die Fragestellung ist nämlich entscheidend und muss so gestaltet sein, dass auf eine positive Frage mit Ja geantwortet werden muss, und zwar von 25 % der Wahlberechtigten der Kommune. Im anderen Fall, ist der Bürger anderer Meinung und möchte nicht mit Dessau fusionieren und antwortet mit Nein, wird diese Entscheidung dem Gremium des Stadtrates übertragen. Die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat sind nun abgeklärt. Und es ist so, ich kann es nicht ändern, dass also die Fusionsbefürworter in der Mehrheit sind. Erfolgt also eine Verlagerung in den Stadtrat durch die Stimmabgabe oder mehrheitliche Stimmabgabe mit Nein kommt es zur Fusion. Wird bei dieser Frage mit Ja geantwortet beim Bürgerentscheid kommt es zur Fusion. Es ist dann also die Frage Ja oder Ja. Aus diesem Grunde stellt die Fraktion FDP/Offensive D/BL den Antrag: „Der Stadtrat möge beschließen, den Tagesordnungspunkt 5.4. >Beschluss über die Durchführung eines Bürgerentscheides< dahingehend zu ändern, dass die Fragestellung wie folgt formuliert wird: Sind Sie für die dauerhafte Eigenständigkeit der Stadt Roßlau ohne Dessau? Diese Frage lehnt sich erst einmal an den ersten Bürgerentscheid an und hier gibt es nun wirklich eine Alternative. Wird diese Frage von den Bürgern mit Ja beantwortet ist die Fusion vom Tisch. Wird diese Frage vom Bürger mit Nein beantwortet, entscheidet das Gremium des Stadtrates und hier sind die Verhältnisse so, dass es eine Fusion geben wird. Darum bitte ich, mir in meiner Argumentation zu folgen und für die neue Fragestellung Ihr Votum abzugeben.

Herr Koschig, Bürgermeister

Wir müssen über den Antrag abstimmen, weil es eine Änderung in der Beschlussvorlage ist. Findet sie eine Mehrheit ist die Vorlage zu ändern, findet sie keine Mehrheit, bleibt die Vorlage so bestehen. Ich möchte die Gelegenheit gleich nutzen um zu sagen, diese Fragestellung entspricht aber nicht dem Verhandlungsauftrag des Stadtrates vom 23. September.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive/D/BL

Ich möchte eigentlich nur ein demokratisches Verfahren. Der Bürger soll ja etwas bewirken mit seiner Abstimmung. Wir wollen den ja nicht spazieren gehen lassen zur Wahlurne und ihn im Unklaren lassen, dass er, egal wie er abstimmt, die Fusion bewirkt. Entweder direkt, in dem er Ja sagt, ich bin für die Fusion, oder in dem er Nein sagt und damit der Mehrheit im Stadtrat die Fusion beschließen lässt. Wir müssen den Bürger wirklich demokratisch wie wir sind eine Alternative bieten und die ist eben in der Fragestellung gegeben, wie sich auch vor 3 Jahren schon war, die im übrigen nicht diesem Fusionsauftrag widerspricht. Denn wir bieten ja dem Bürger die Ent-

scheidung zur Fusion, ganz klar. Er kann für die Eigenständigkeit stimmen mit Ja, stimmt er mit Nein, dann erfüllt der Stadtrat, das mit Nein bedeutet ja, er möchte nicht eigenständig bleiben, dann erfüllt der Stadtrat seinen Wunsch zur Fusion. Das ist demokratisch. Das sind keine Winkelzüge, das ist offen, das sollten wir machen. Deshalb befürworte ich den Antrag der neuen Fragestellung.

Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum

Ich habe dem vorigen Beschluss mit Bauchschmerzen zugestimmt. Aus dem Grund, weil ich möchte, dass der Bürger auch entscheidet auf Grundlagen, die sicherlich noch bis dahin in kurzer Zeit verbessert und vervollständigt werden müssen. Ich denke da zum Beispiel an das Investitionsprogramm, was in den Ausschüssen dann jetzt sicherlich noch einige Arbeit bereiten wird. Und das dann den Bürgern zum 20. März als Entscheidungsgrundlage zu geben. Und dann soll der Bürger oder die Bürger sollen doch dann wirklich entscheiden können. Da ist der Antrag, der jetzt gekommen ist eigentlich eine logische Konsequenz und dem werde ich auch zustimmen.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Ich habe ein bisschen Bauchschmerzen mit diesem Termin 20. März 2005. Und zwar aus folgenden Gründen. Dieser Fusionsvertrag, den wir hier haben als Entwurf müsste ja von uns rechtzeitig, speziell auch vom Stadtrat noch präzisiert werden. Da wir ja uns alle einig sind, wir sind ja auch heute nicht dazu gekommen, die einzelnen Punkte des Vertrages noch einmal durchzugehen, dass hier noch elementare Mängel und Lücken drin sind. Wir müssten also dem Bürger vor dieser Entscheidung in einem bestimmten Vorlaufzeitraum einen Fusionsvertrag zur Entscheidung vorlegen, der auch, ich sag mal seitens des Stadtrates wasserfest ist. Und ich finde, wir werden das bis zum 20.03.05 nicht schaffen. Ich würde vorschlagen, dass, vielleicht nicht heute aber zumindest in der nächsten Sitzung oder bis zu diesem Zeitraum die einzelnen Fraktionen sich noch einmal Gedanken machen, ob wir nicht da doch etwas nach hinten gehen sollten und nicht in der Eile vielleicht Dinge entscheiden, die für unsere Bürgerschaft doch eine gewisse Überforderung darstellen, da sie nicht rechtzeitig über die Grundlagen ihrer Entscheidung befinden können.

Frau Müller, Vorsitzende des Stadtrates

Frau Müller schlägt vor, nun über den Antrag von Herrn Gerdung abzustimmen, der da lautet: Der Stadtrat beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheides am 20. März 2005 mit der Frage: Sind Sie für die dauerhafte Selbständigkeit der Stadt Roßlau ohne die Stadt Dessau?

### **Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	13	15	0

**Beschluss:** Der Antrag von Herrn Gerdung wird abgelehnt.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Frau Vorsitzende, ich stelle zu dem vorliegenden Beschluss-Antrag folgenden Antrag: Die gemeinsame Fraktion FDP/Offensive D/BL stellt zum Tagesordnungspunkt

5.4. der öffentlichen Sonderitzung des Stadtrates den Antrag: Der Stadtrat möge beschließen, den Tagesordnungspunkt 5.4. „Beschluss über die Durchführung eines Bürgerentscheides zur Fusion der Städte Dessau und Roßlau am 20. März 2005 dahingehend zu ändern, dass als Termin des Bürgerentscheides nicht der 20.03.2005 sondern der 03.04.2005 angesetzt wird.

Begründung: Der vorgegebene Termin berücksichtigt nicht die gesetzliche Frist von 8 Wochen zwischen öffentlicher Bekanntmachung und der Durchführung, da das nächste Amtsblatt erst am 26. Januar zur Verfügung steht und durch das Osterfest erst das darauf folgende Wochenende zur Stimmabgabe benutzt werden kann. Das wäre dann der 03. April 2005.

Herr Koschig, Bürgermeister

Die Stadtverwaltung ist verantwortlich für die anständige Vorbereitung von Stadtratsitzungen und auch für die anständige und ordnungsgemäße Durchführung. Wenn der Stadtrat heute die Beschlussvorlage in der vorgesehenen Form verabschiedet und beschließt, dann sichert die Stadtverwaltung auch die ordnungsgemäße Bekanntmachung zu.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, fragt Herrn Gerdung, ob er trotzdem bei seinem Antrag bleibt.

Herr Gerdung, FDP/Offensive D/BL

Die ordnungsgemäße Bekanntmachung erfolgt über das Amtsblatt.

Frau Müller, Vorsitzende des Stadtrates

Herr Gerdung, Sie haben gehört, es wird abgesichert durch die Verwaltung, dass alles ordnungsgemäß und zeitgerecht bekannt gegeben wird.

Herr Koschig, Bürgermeister

Ich möchte noch ergänzend hinweisen, die Bürger beschließen in dem Bürgerentscheid nicht den Fusionsvertrag. Sondern in dem Bürgerentscheid entscheiden die Bürger über die Frage, die schon vorgestellt wurde. Der Fusionsvertrag mit seinen ganzen Anlagen ist hinterher, wie ich eingangs schon sagte, von den beiden Stadträten zu beschließen. Er ist nicht Gegenstand des Bürgerentscheides, sondern alles, was wir jetzt verhandelt haben und was wir noch verhandeln werden bis zum 20. März ist Grundlage dafür. Das ist das Dokument, womit wir mit den Bürgern ins Gespräch kommen und die Fragen der Bürger beantworten können. Es ist extra deswegen offen gelassen, da sind wir uns auch mit den Dessauern einig, weil wir ja gerade in dem Prozess, der läuft ja auch in Dessau gerade wegen der Bürgeranhörung am 06. März die Anregungen und Hinweise aus der Bürgerschaft ja gerne noch mit rein nehmen wollen. Aber im Bürgerentscheid geht es um die Grundsatzfrage, vielleicht darf man es an der Stelle auch einmal Gretchenfrage nennen, wie hält's Du es mit Dessau? Sind Sie für den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau zur neu gebildeten Stadt Dessau-Roßlau. Und nicht: Stimmen Sie dem Fusionsvertrag zu.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller verliest nun noch einmal den Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheides am 20. März 2005 auf der Grundlage des mit Beschluss-Vorlage 0357/05-BM bestätigten Entwur-

fes des Fusionsvertrages mit folgender Fragestellung: Sind Sie für den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau zur neu gebildeten Stadt Dessau-Roßlau?

Dann wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	23	5	0

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheides am 20. März 2005 auf der Grundlage des mit Beschlussvorlage 0357/05-BM bestätigten Entwurfes des Fusionsvertrages mit folgender Fragestellung: Sind Sie für den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau zur neu gebildeten Stadt Dessau-Roßlau?

Herr Koschig bittet die Stadträte noch einen Augenblick nach Schließung der Sitzung hier zu bleiben, wegen einiger Terminabstimmungen.

**6. Schließung der Sitzung**

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, schließt um 20:00 Uhr die Beratung.

Christa Müller  
Vorsitzende des Stadtrates

Ingrid Böning  
Protokollantin

Bestätigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2005

Zustimmung:

Gegenstimmen:

Enthaltung:

**Beschluss:**

Roßlau, 19.02.08

---

Christa Müller  
Vorsitz Stadtrat

---

*2. Unterschrift*